



9. Bericht



**Sachverständigenkommission für Kriminalprävention
der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat)**

Dezember 2010

Redaktion: Dr. Helmut Fünfsinn, Cornelia Schonhart
Geschäftsführer des Landespräventionsrates Hessen

Textgestaltung: Dagmar Paulmichl,
Geschäftsstelle des Landespräventionsrates Hessen

Druck: Hausdruckerei, Wiesbaden 12/2010

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A. Landespräventionsrat	4
Liste der Mitglieder	4
Bericht	5
1. Unterstützung von und gemeinsame Veranstaltungen mit den örtlichen Präventions- gremien	5
a) Treffen mit den örtlichen Präventionsgremien am 19. Mai 2009	6
b) Treffen mit den örtlichen Präventionsgremien am 6. Mai 2010	7
c) 7. Hessischer Präventionspreis	8
Bewerbungen für den 7. Hessischen Präventionspreis	11
2. Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesell- schaftlichen Kriminalprävention	24
3. Beratung der Hessischen Landesregierung	26
4. Botschafter	27
5. Internetauftritt	27
B. Arbeitsgruppe I „Gewalt und Minderheiten“	28
Liste der Mitglieder und Bericht	28
1. Rechtsextremismus	28
2. Islamismus	30
3. Unterstützung der kommunalen Präventionsgremien	31
C. Arbeitsgruppe II „Gewalt im häuslichen Bereich“	33
Liste der Mitglieder und Bericht	33
D. Arbeitsgruppe III „Prävention für ältere Menschen“	37
Liste der Mitglieder und Bericht	37
E. Arbeitsgruppe IV „Jugendkriminalität“	39
Liste der Mitglieder und Bericht	39
F. Arbeitsgruppe V „Ladendiebstahl“	41
Liste der Mitglieder und Bericht	41
G. Arbeitsgruppe VI „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“	42
Liste der Mitglieder und Bericht	42
H. Arbeitsgruppe VII „Bekämpfung illegaler Graffiti“	43
Liste der Mitglieder und Bericht	43
I. Arbeitsgruppe VIII „Neue Technologien - Neue Wege zur Gewalt?“	44
Liste der Mitglieder und Bericht	44
J. Arbeitsgruppe IX „Vernachlässigung von Kindern“	45
Liste der Mitglieder und Bericht	45

A.
LANDESPRÄVENTIONSRAT

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Prof. Dr. Dieter Rössner , Universität Marburg
Stellv. Vorsitzende	Prof. Dr. Britta Bannenberg , Universität Gießen
	Prof. Dr. Dr. Gisela Zenz , Universität Frankfurt
Ehrevorsitzender	Prof. Dr. Iring Fetscher
Stellv. Vorsitzender und Geschäftsführer	Dr. Helmut Fünfsinn
Geschäftsführerin	Cornelia Schonhart

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Brückner , Prof. Dr. Margrit	Fachhochschule Frankfurt
Eisert , Jutta	Caritasverband Frankfurt
Feuchthofen , Jörg E.	Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände
Franz , Falko	Hessisches Kultusministerium
Gage-Lindner , Nancy	Hessisches Sozialministerium
Götting , Dr. Friedemann	Industrie- und Handelskammer Wiesbaden
Gomes , Julius	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah)
Groß , Dr. Karl-Heinz	Ministerialdirigent a.D.
Gutmark , Dr. Jakob	Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
Jäger , Dr. Helga	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
Kaiser , Dr. med. Roland	Ärztl. Geschäftsführer, Landesärztekammer Hessen
Kleinau , Andreas	Direktor der R+V Versicherung a.D.
Kreuzer , Prof. Dr. Arthur	Universität Gießen
Kulenkampff , Christoph	Staatssekretär a.D.
Lipsch , Andreas	Pfarrer, Interkultureller Beauftragter der EKHN
Müller , Dr. Helmut Georg	Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden
Mundschenk , Bernhard	Arbeitsgemeinschaft der hess. Handwerkskammern (arge)
Reckewell , Kerstin	Oberstaatsanwältin, Staatsanwaltschaft Darmstadt
Schelzke , Karl-Christian	Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städte- und Gemeindebund
Simmel-Joachim , Prof. Dr. Monika	Hochschule RheinMain Wiesbaden
Teuter , Dr. Leo	Rechtsanwalt, Landessportbund Hessen e.V.
Thurau , Sabine	Präsidentin des Hessischen Landeskriminalamtes
Tolksdorf , Klaus Jürgen	Hessischer Jugendring, Sportjugend Hessen
Ullmann , Roland	Präsident des Polizeipräsidiums Südosthessen
Weyel , Frank H.	Vorsitzender der DVJJ-Regionalgruppe Hessen
Wiesemann , Wolfram	Ltd. Oberstaatsanwalt a.D.

Bericht

Die Sachverständigenkommission hat im Berichtszeitraum ihre Bemühungen, die Idee der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention weiter zu verbreiten und umzusetzen, kontinuierlich in fünf Richtungen fortgesetzt:

1.

Unterstützung von und gemeinsame Veranstaltungen mit den örtlichen Präventionsgremien

In erster Linie wurden weiterhin die lokalen Präventionsräte unterstützt. Die Arbeitsgruppen haben immer wieder den Kontakt zu örtlichen Präventionsgremien gesucht und sich entweder vor Ort informiert oder sich im Rahmen der Sitzung von örtlichen Projektmitarbeitern informieren lassen. Die jährlichen Treffen mit den kommunalen Präventionsgremien haben sich als feste Organisationsform etabliert.

Insgesamt hat sich damit die Erkenntnis, dass sich Präventionspolitik vordringlich an faktischen Gegebenheiten zu orientieren hat und damit grundsätzlich gemeindenah, lokal, dezentral und unter Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere der Vereine, sowie unter Mobilisierung und Integration der behördlichen Kräfte geschehen muss, durchgesetzt.

Der Hessische Präventionspreis konnte - nachdem die SEB Bank die Stiftung des Preises übernommen hatte - zum siebten Mal vergeben werden. Die Preisverleihung fand am 22. November 2010 in Wiesbaden statt. 14 Projekte beteiligten sich an der Ausschreibung.*)

Zur Förderung der lokalen Präventionsarbeit sind im Einzelnen folgende Veranstaltungen durchgeführt worden:

*) Erstmals hat ein Projekt der Veröffentlichung seiner Beschreibung widersprochen, so dass es weder in diesem Bericht noch auf der Homepage des Landespräventionsrates dargestellt wird.

a)

Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates am 19. Mai 2009 in Marburg, ausgerichtet in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf

PROGRAMM

- 10.³⁰ Uhr *Grußworte*
Egon **Vaupel**, Oberbürgermeister der Stadt Marburg
Robert **Fischbach**, Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf
Rudolf **Kriszeleit**, Staatssekretär der Justiz und für Integration
Prof. Dr. Dieter **Rössner**, Vorsitzender des Landespräventionsrates
- 11.¹⁵ Uhr *Beispielhafte Darstellung der Präventionsarbeit in der Stadt Marburg und im Landkreis Marburg-Biedenkopf anhand der Projekte*
Jugendkonflikthilfe Marburg - Maria **Flohrschütz**
Arbeitskreis Gewaltprävention Stadtallendorf - Christina **Frank**
Jugendrechtshaus Marburg-Biedenkopf e.V. - Andrea **Hülshorst**/Ulrike **Ristau**
- 12.¹⁵ Uhr Mittagspause
- 13.³⁰ Uhr *Gesprächskreise*
- Gesprächskreis 1: Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen
Moderation: Prof. Dr. Britta **Bannenberg**,
Stellv. Vorsitzende des Landespräventionsrates
Dr. Helmut **Fünfsinn**,
Geschäftsführer des Landespräventionsrates
- Gesprächskreis 2: Sicherheit für Senioren
Moderation: Prof. Dr. Dr. h.c. Gisela **Zenz**,
Stellv. Vorsitzende des Landespräventionsrates
Dr. Karl-Heinz **Groß**,
Vorsitzender der AG „Prävention für ältere Menschen“



b)

Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates am 6. Mai 2010 in Kassel, ausgerichtet in Zusammenarbeit mit dem Präventionsrat der Stadt Kassel

PROGRAMM

- 10.⁰⁰ Uhr Ankommen, Kaffee, Tee, Obst ...
- 10.³⁰ Uhr *Grußworte*
Bertram **Hilgen**, Oberbürgermeister der Stadt Kassel
Dr. Helmut **Fünfsinn**, Hess. Ministerium der Justiz, für Integration und Europa
Prof. Dr. Dieter **Rössner**, Vorsitzender des Landespräventionsrates
- 11.¹⁵ Uhr *Beispielhafte Darstellung der Präventionsarbeit in der Stadt Kassel*
11.¹⁵ - 11.⁴⁵ Uhr Präventionsrat Kassel
11.⁴⁵ - 13.⁰⁰ Uhr Darstellung und Besichtigung des Heilhauses Kassel
- 13.⁰⁰ Uhr Mittagessen im Heilhaus Kassel
- 14.⁰⁰ Uhr *Gesprächskreise*
Gesprächskreis 1 ⇒ Zusammenarbeit der Mehrgenerationenhäuser mit den Präventionsgremien
Moderation: Dr. Helmut **Fünfsinn**,
Geschäftsführer des Landespräventionsrates
Gesprächskreis 2 ⇒ Prävention bei sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen
Moderation: Katrin **Thaler**,
Leiterin der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt
- 16.⁰⁰ Uhr Ende der Veranstaltung

c)

Vergabe des 7. Hessischen Präventionspreises am 22. November 2008 in Wiesbaden, ausgerichtet in Zusammenarbeit mit der SEB Bank

AUSSCHREIBUNG:

Vergabe des 7. Hessischen Präventionspreises

Die SEB Bank hat zur Förderung der lokalen Präventionsarbeit einen Preis in Höhe von 5.000 Euro gestiftet und damit ermöglicht, dass im Herbst 2010 der 7. Hessische Präventionspreis vergeben werden kann.

Ziel des Wettbewerbs

Mit diesem Preis sollen kriminalpräventive Projekte in Hessen unterstützt werden, die Vorbildfunktion besitzen und von Präventionsgremien zur Problembewältigung übernommen werden können. Aus diesem Grunde sollten sich die Projekte im Durchführungsstadium befinden, so dass neben der Beschreibung der zugrunde liegenden Konzeption auch schon auf Erfahrungen und Ergebnisse verwiesen werden kann.

Wer kann sich bewerben?

Eingeladen sind alle Institutionen, die präventive Projekte in den Handlungsfeldern Familie, Kindertagesstätte, Schule, Betrieb, Kommune, Jugendarbeit und Verein innovativ umsetzen. Zielgruppen können beispielsweise sein:

- Kinder, Jugendliche, Erwachsene
- Multiplikatoren, wie z.B. Erzieher/innen, Lehrkräfte, Jugendleiter/innen
- Kommunen, die die Umsetzung der Maßnahmen vor Ort unterstützen
- Familienbildungsstätten
- Institutionen und Betriebe

In der Prävention wird mit unterschiedlichen Methoden gearbeitet, d.h. die Beiträge können auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen:

- Lebenskompetenzförderung, Stärkung der protektiven Faktoren bis hin zur Gesundheitsförderung
- Fort- und Weiterbildung von Multiplikatoren
- Vernetzung und Kooperation der Institutionen, um konkrete Maßnahmen umzusetzen
- Informationsvermittlung
- Öffentlichkeitsarbeit

Bewertungskriterien für die Wettbewerbsbeiträge

Bei den gegebenen Ressourcen ist es nicht möglich, flächendeckend alle Zielgruppen und Multiplikatoren im Arbeitsfeld der Prävention zu erreichen. Vorrang hat somit die Initiierung von Modellprojekten, die exemplarisch und kreativ die vielfältigen Möglichkeiten von Prävention zur Nachahmung aufzeigen. Kriminalprävention mit umfassender Zielsetzung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Es soll daher versucht werden, verstärkt Kooperationsmodelle in den Handlungsfeldern Familie, Kindertagesstätte, Schule, Betrieb, Kommune, Jugendarbeit und Verein trägerübergreifend anzuregen.

Von besonderem Interesse sind präventive Maßnahmen und Projekte, die

- kontinuierlich sind
- interaktiv und zielgruppenspezifisch ausgerichtet sind
- geschlechtsgerechte Arbeitsansätze verfolgen
- bisher noch nicht angesprochene Zielgruppen mit einbeziehen
- Institutionen beteiligen und vernetzen
- mit neuen Kooperationspartnern zusammenarbeiten
- systematisch und strukturiert in der Durchführung von Maßnahmen arbeiten

Kein Muss – aber erwünscht: Evaluierte Wettbewerbsbeiträge

Besonderes Interesse finden auch präventive Maßnahmen und Projekte, die

- eine Evaluation durchführen, mit Bestandsaufnahme und detaillierter Zielbestimmung zur Überprüfung der Maßnahme und deren Ziel (Wirksamkeit)
- innovativ und kreativ neue Wege beschreiten

Wer beurteilt die eingereichten Beiträge?

Eine Kommission, die sich aus Mitarbeitern der SEB Bank und dem Arbeitsausschuss der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention zusammensetzt, wird über die Vergabe des Präventionspreises entscheiden.

Dieser Wettbewerb kennt keine Verlierer! Denn alle Teilnehmer/innen gewinnen schon dadurch, dass ihre Projekte der Öffentlichkeit vorgestellt werden und sie zum Erfahrungsaustausch beitragen.

Prämierung

Die Preisverleihung mit Vorstellung der besten Projekte findet im Herbst 2010 statt. Über die Verteilung des Preisgeldes entscheidet die Jury; es muss der kriminalpräventiven Arbeit vor Ort zugute kommen. Alle prämierten Maßnahmen erhalten eine Urkunde.

Bewerbung

Zur Anmeldung ist ein Bewerbungsbogen vorgesehen, der Ihnen ausreichend Raum gibt, Ihren Beitrag vorzustellen. Zudem enthält er Fragen, die für die Bewertung der Wettbewerbsbeiträge von Bedeutung sind. Senden Sie Ihren Beitrag per Post oder Mail an die

Geschäftsstelle des Landespräventionsrates
Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 32-2709

Telefax: (0611) 32-2619

e-mail: landespraeventionsrat@hmdj.hessen.de

Bewerbungsschluss ist der 31. August 2010

Viel Erfolg!



Vergabe des 7. Hessischen Präventionspreises

am 22. November 2010 um 14.00 Uhr im Historischen Saal
des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa

Begrüßung mit Musik:	Jazzquintett „take5“ Oh Lady Be Good
Grußworte:	Staatsminister Jörg-Uwe Hahn Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa Renate Bloß-Barkowski Vorstandsmitglied der SEB Bank
Musik:	Jazzquintett „take5“ It Don't Mean A Thing
Grußwort:	Prof. Dr. Dieter Rössner Vorsitzender des Landespräventionsrates
Theater:	People's Theater Szene aus der Showreihe „Mensch ärgere mich nicht!“

Vorstellung der Preisträger:

- Kooperationsprojekt der Stadt Offenbach mit „People´s Theater“ zur Gewaltprävention an und in Offenbacher Schulen
Laudatio: **Dr. Helmut Fünfsinn**, Geschäftsführer des Landespräventionsrates
- „Projekt Parkstraße“ des Arbeitskreises Asyl der Gemeinde Lohfelden
Laudatio: **Prof. Dr. Dieter Rössner**, Vorsitzender des Landespräventionsrates
- Bus & Bahn-Begleiter der Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH
Laudatio: **Prof. Dr. Gisela Zenz**, Stv. Vorsitzende des Landespräventionsrates
- Projekt „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD) des Hess. Kultusministeriums
Laudatio: **Prof. Dr. Britta Bannenberg**, Stv. Vorsitzende des Landespräventionsrates

Preisübergabe:	Ioannis Amanatidis Botschafter des Landespräventionsrates
Moderation:	Asli Bayram Botschafterin des Landespräventionsrates
Abschluss mit Musik:	Jazzquintett „take5“ Satin Doll

Wir danken der Besetzung von „take5“ für die freundliche Unterstützung:
Tim Hubener (Tenorsaxophon), Maximilian Shaikh-Yousef (Sopransaxophon),
Felix Rohrbach (Altsaxophon), Leon Torchalla (Altsaxophon) und Björn Steinmetz (Baritonsaxophon).

1) **Arbeitskreis Asyl der Gemeinde Lohfelden**

Adresse: Herr Marko Haselböck • Lange Straße 20 • 34253 Lohfelden
☎ (0561) 5110223 📠 (0561) 5110231 ✉ marko.haselboeck@lohfelden.de
🌐 www.lohfelden.de

Titel: „Projekt Parkstraße“

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Projekt beschäftigt sich mit dem Thema Integration. Die Gemeinde Lohfelden hat gemeinsam mit dem Landkreis Kassel, dem Arbeiter-Samariter-Bund, der Polizei, der GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen sowie dem Lohfeldener Ausländerbeirat und der Evangelischen Kirchengemeinde den Arbeitskreis Asyl „Projekt Parkstraße“ gegründet. In der Parkstraße im Ortsteil Ochshausen der Gemeinde Lohfelden leben überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund, Asylberechtigte und Asylbewerber. Der Arbeitskreis nimmt sich der unterschiedlichen Problemstellungen - hervorgerufen durch die vielfältigen heterogenen kulturellen Prägungen - der Bewohner an, erarbeitet Lösungsansätze zur Konfliktbeilegung und setzt diese dann in die Praxis um.

Zentrale Aspekte dabei sind die Förderung von Begegnungen und gegenseitiger Akzeptanz sowie die Gestaltung des Zusammenlebens.

Ergänzend zu Hausbesuchen und Sprechstunden werden Sprachkurse angeboten. Es finden jährliche Nachbarschaftstreffen statt.

Ergebnis:

Der Arbeitskreis teilt mit, dass viele Erfolge auf dem Weg zu einem multikulturellen Miteinander zu verbuchen sind. Konflikte, basierend auf unterschiedlichen kulturellen Prägungen, konnten gelöst werden.

Aus einer regelmäßigen Betreuung des Spielplatzes in der Parkstraße sei ein Beteiligungsprojekt zur Neugestaltung dieses Kindertreffpunkts erwachsen. Dadurch wäre eine Vertrauensbasis zwischen Kindern, Jugendlichen und Mitarbeitern der Jugendarbeit entstanden.

Das Projekt erhielt den 7. Hessischen Präventionspreis.

2) Goethe-Gymnasium Bensheim

Adresse: Herr Laurien Simon Wüst • Auerbachweg 24 • 64625 Bensheim
☎ (06251) 64836 ✉ sv@goethe-bensheim.de
🌐 www.goethe-bensheim.de

Titel: Soziale Verantwortung fördern am Beispiel der Projektreihe „Für Zivil-
courage und Toleranz“

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Die Schülervvertretung des Goethe Gymnasiums in Bensheim hatte es sich im Schuljahr 2009/2010 zur Aufgabe gemacht, den Blick der ganzen Schulgemeinde für soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit in ihrer Schule und in der Gesellschaft insgesamt zu schärfen. Toleranz und Respekt im sozialen Miteinander sollten zu einer Selbstverständlichkeit in der Schule werden.

Um diese wichtigen Themen zu sensibilisieren, wurde die dreiteilige Projektreihe „Für Zivil-
courage und Toleranz“, „Antidiskriminierung – Gegen das Vergessen“ und „Schule ohne
Rassismus – Schule mit Courage“ konzipiert und umgesetzt. Bei den eigenständig von der
Schülervvertretung geplanten und durchgeführten 80 Veranstaltungen lag der Schwerpunkt
auf der Begegnung mit Menschen, die von Diskriminierung betroffen waren.

Die angebotenen Veranstaltungen gestalteten sich bedarfsorientiert, insbesondere durch
Workshops für mehr Mut und gegen Gewalt, Vorträge zum Nationalsozialismus, Exkursionen
zu Konzentrationslagern und Synagogen sowie Vorträge und Diskussionsrunden über aktuel-
le Formen der Diskriminierung wegen Abstammung, Behinderung, sexueller Orientierung
oder Geschlecht.

Ergebnis:

Die Schülervvertretung berichtet, dass durch die große Beteiligung und die positive Resonanz
aus der Schüler-, Lehrer- und Elternschaft, die vielen Kontakte zu außerschulischen Koopera-
tionspartnern sowie die Aufmerksamkeit der Lokalpresse die Ziele nicht nur erreicht, sondern
übertroffen wurden. Somit hätte ein aktiver Beitrag gegen Diskriminierung, Gewalt und Vor-
urteile geleistet werden können.

3) **Hessisches Kultusministerium**

Adresse: Herr Holger Weithöner • Stuttgarter Straße 18-24 • 60329 Frankfurt
☎ (0177) 2923099 📠 (069) 38989606 📧 holger.weithoener@gmx.net
🌐 www.gud.bildung.hessen.de

Titel: „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD)

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Projekt „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD) unterstützt Schulen bei der Weiterentwicklung und Implementierung gewaltpräventiver und demokratiepädagogischer Programme sowie bei der Schaffung partizipativer Strukturen durch Beratung und Fortbildung.

GuD basiert auf einem gemeinsamen Beschluss aller Fraktionen des Hessischen Landtags vom 21. Juni 2006 zur Ergreifung von „Maßnahmen gegen Verrohung und Gewalt“ an hessischen Schulen.

In diesen inhaltlichen und organisatorischen Kontext sind drei Projektbereiche integriert, deren Angebote aufeinander abgestimmt sind: „Mediation und Partizipation“, „buddy-Projekt“ (Peergroup-Education) und „Prävention im Team“ (PiT-Hessen). Das Gesamtprojekt GuD zeichnet ein breit aufeinander abgestimmtes Konzept von Fortbildungen, Beratungen bei der schulischen Umsetzung und Weiterentwicklung der jeweiligen Schwerpunkte sowie die Unterstützung des Austausches und der Kooperation der Schulen untereinander aus. Dazu bietet das Projekt z.B. das Grundlagentraining „Konstruktive Konfliktbearbeitung und Partizipation“, die Qualifizierung zum/zur Schulmediator/in, buddy-Training, die Teilnahme an PiT-Programmen und die Qualifizierung für Schulleitungen an.

Ergänzend dazu besteht eine enge inhaltlich-organisatorische Kooperation und Abstimmung mit dem Netzwerk gegen Gewalt.

Ergebnis:

Es wird berichtet, dass bisher externe positive Evaluationen und Zertifizierungen durch die Unfallkasse Hessen, das Deutsche Institut für internationale pädagogische Forschung (DIPF), die Humboldt-Universität Berlin und die Universität Marburg vorlägen:

<i>buddy-Projekt</i>	die angesteuerten Ziele im Bereich des sozialen Lernens wären gut umzusetzen;
<i>Prävention im Team</i>	die Untersuchungen hätten die Wirksamkeit des Trainings gezeigt;
<i>Mediation und Partizipation</i>	die Angebote der Vorläuferprojekte seien zielgruppenadäquat und auf die Bedürfnisse der Schulen angepasst.

Das Projekt erhielt den 7. Hessischen Präventionspreis.

4) Jugendamt der Stadt Offenbach

Adresse: Herr Dr. Michael Koch • Berliner Straße 100 • 63065 Offenbach
☎ (069) 80653967 📠 (069) 80653960 📧 michael.koch@jugendamt-of.de

Titel: Offenbacher Rahmenkonzept und Methodenkoffer zur Gewaltprävention an Schulen

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Seit 2005 werden in Offenbach zwölf Schulen finanziell und fachlich in ihrer gewaltpräventiven Arbeit durch das Jugendamt der Stadt Offenbach, den Förderverein Sicheres Offenbach e.V. sowie den kommunalen Präventionsrat und das Ordnungsamt unterstützt.

Voraussetzung ist, dass sie ihre Präventionsarbeit an dem Offenbacher Rahmenkonzept und Methodenkoffer „Gewaltprävention an Schulen“ ausrichten. Nach diesem Konzept ist Gewaltpräventionsarbeit an Schulen systematisch strukturiert, systemisch orientiert, auf unterschiedlichen Handlungs- und Personenebenen ansetzend, multimodal und langfristig. Die Grundlagen des Konzepts basieren auf den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen wie Kriminologie, Schulentwicklungsforschung, Erziehungswissenschaften, Psychologie, Neurowissenschaften, Kultur- und Bildungsforschung. Dabei ordnet sich der Präventionsgedanke dem Schulentwicklungs- und auch dem Bildungsaspekt unter. Zu den Konzeptmodulen zählen neben Programmen zum Umgang mit Gewaltsituationen und zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen auch die Schwerpunkte „Partizipation“, „kulturelle Bildung“, „Formen anderen Lernens“ und Lehrerfortbildungen. Das Offenbacher Rahmenkonzept positioniert sich im Dreieck von Integration, Bildung und Prävention. Ergänzend zu der Arbeit an den einzelnen Schulen werden jährlich Fachtagungen zu den Schwerpunktbereichen „Gewaltprävention“ und „Bildung“ durchgeführt.

Ergebnis:

Zu den erreichten Zielen teilt das Jugendamt mit, dass alle zwölf beteiligten Schulen eine AG Gewaltprävention als Steuerungsinstrument eingerichtet haben oder unmittelbar vor deren Einrichtung stehen. Die Schulen arbeiten mit mehreren Modulen auf mehreren Ebenen und Zielsetzungen. Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und weitere Vernetzungen wurden ausgebaut. Die Lehrkräfte sind motiviert, an Qualifizierungsangeboten teilzunehmen und engagieren sich verstärkt. SchülerInnen melden Trainingserfolge zurück.

5) **Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach**

Adresse: Herr Klaus Barthelmes • Masayaplatz • 63128 Dietzenbach
☎ (06074) 6966919 📠 (06074) 6966909 ✉ bar@kvof.de
🌐 www.kvg-offenbach.de

Titel: Bus & Bahn-Begleiter der Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Die Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH hat sich mit Unterstützung des Kreises Offenbach sowie der Städte und Gemeinden des Kreises Offenbach die Präventionsarbeit für Schüler der Klassen 8 und 9 zum Ziel gesteckt. Diese Arbeit setzt an der Situation des Fahrens mit Bus oder Bahn von Zuhause zur Schule und zurück an.

Schülerinnen und Schüler werden durch eine Fachkraft zu Bus- und Bahnbegleitern ausgebildet, wobei die gelernten Schulungsinhalte in allen Lebensbereichen, d.h. auch während der Schulzeit, in der Freizeit und beim Sport, angewandt werden könnten. Die Qualifikation der Schülerinnen und Schüler erfolgt u.a. in der Einübung des Erkennens und Einschätzens von Situationen, die sich zu Konflikten aufbauen könnten. Diese Konflikte sollen bereits in einem sehr frühen Stadium durch handlungsorientierte Verhaltensweisen deeskaliert werden.

In Hessen ist das Ausbildungsprojekt der Kreis-Verkehrs-Gesellschaft einmalig.

Eine weitere Unterstützung und Betreuung erhält das Projekt von der Jugendkoordination des Polizeipräsidiums Südhessen. Ebenso ist pro Schule mindestens ein/e Vertrauens-/Betreuungslehrer/in in die Arbeit eingebunden. Es finden regelmäßige Zusammenkünfte in einzelnen Schulen, aber auch aller ausgebildeten Bus- und Bahnbegleiter statt.

Ergebnis:

Nach Ansicht des Projekts wäre die Zivilcourage der Schülerinnen und Schüler gestärkt worden. Weiterhin wäre es in der Vergangenheit gelungen, den Weg von Zuhause zur Schule sicherer zu machen. Die durch die permanente Fortführung der Ausbildungs- und Betreuungsarbeit erzielte Nachhaltigkeit bewirke, dass immer wieder neue Jahrgänge ausgebildet werden; bis zum Jahresende 2010 werden es 500 Bus- und Bahnbegleiter in Offenbach sein.

Das Projekt erhielt den 7. Hessischen Präventionspreis.

6) **Magistrat der Kreisstadt Erbach** in Kooperation mit
Lernstubb Michelstadt - Schulsozialarbeit der Schule am Sportpark

Adresse: Herr Gerhard Müller • Neckarstraße 3 • 64711 Erbach
☎ (06062) 809326 📠 (06062) 809328 ✉ jugendarbeit@erbach.de
🌐 www.erbach.de

Titel: Gewalt, Scherben und Alkohol

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Projekt hat das Ziel, der Entwicklung von Gewalt und exzessivem Alkoholkonsum bei jungen Leuten entgegenzuwirken. Angesprochen sind alle Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene. Das in 2008 begonnene Projekt setzt auf konstruktive Zusammenarbeit in Form von Netzwerkarbeit mit vielen Kooperationspartnern.

Die primären Projektziele sind Prävention und Nachhaltigkeit. Die Kinder und Jugendlichen sowie die Öffentlichkeit werden auf die Themen Gewalt und Alkoholkonsum aufmerksam gemacht, um das Bewusstsein für die Problematik zu schärfen und positive Verhaltensänderungen herbeizuführen. Den jungen Menschen sollen Strategien und Möglichkeiten aufgezeigt werden, angemessen auf ihre Probleme und Bedürfnisse zu reagieren oder sie zu formulieren.

Die wesentlichen Kernpunkte des Projekts sind die Netzwerkarbeit mit vielen Kooperationspartnern, die praktische und handlungsorientierte Umsetzung von Modularbeiten sowie die Arbeit der Jugendlichen als Multiplikatoren.

Sport wie z.B. Karate und Fußball sowie das präventive Theaterspiel werden als wesentliche Medien genutzt. Ein weiteres wesentliches Element ist die Einbeziehung der Zielgruppe bei der Organisation, Planung und Durchführung.

Ergebnis:

Es wird berichtet, dass bisher 19 Projektbausteine umgesetzt seien. Das Projekt hätte wie geplant durchgeführt werden können. Weiter wird mitgeteilt, dass das Interesse der Zielgruppe zu der Thematik geweckt werden konnte. Es bestehe eine große Bereitschaft, sich an den Projekten zu beteiligen.

7) **Magistrat der Stadt Offenbach - Geschäftsstelle Kommunale Prävention**
in Kooperation mit **People's Theater e.V. Dietzenbach**

Adresse: Herr Frank Weber • Berliner Straße 60 • 63061 Offenbach
☎ (069) 80652328 📠 (069) 80652033 ✉ frank.weber@offenbach.de
🌐 www.offenbach.de/praevention
Frau Peggy Habermann • Offenthaler Straße 75 • 63128 Dietzenbach
☎ (06074) 3014042 📠 (06074) 3014049 ✉ peggy.habermann@peoples-theater.de
🌐 www.peoples-theater.de

Titel: Flächendeckende Kompetenztrainings zur Gewaltprävention in Grund- und Förderschulen – Ein Kooperationsprojekt der Stadt Offenbach mit „People´s Theater“ an und in Offenbacher Schulen

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Die Geschäftsstelle Kommunale Prävention und People's Theater e.V. haben sich mit dem Kooperationsprojekt zum Ziel gesetzt, durch die Vermittlung konstruktiver Konfliktbewältigungsstrategien, Selbst- und Sozialkompetenzen bei Kindern zu fördern und somit einen Beitrag zur Gewaltprävention anzustoßen.

Das Projekt bietet an den Offenbacher Schulen ein „Basistraining“ für Kinder im Alter von 8 bis 9 Jahren an. Durch dieses Training sollen die Fähigkeiten der Kinder im sozialen Umgang gefördert und gestärkt werden.

Das Kernstück der Arbeit ist die „People´s Theater Show“, die in den Schulklassen aufgeführt wird. In den Shows werden neben dem Theaterspiel interaktive Techniken wie lösungsorientierte Beratungsfragen, Rollenspiele und Kleingruppenarbeiten als Medien genutzt. Schwerpunktthemen sind z.B. Zivilcourage, Mobbing, Gruppenzwang, Integration, Freundschaft, Ehrlichkeit oder Respekt.

People´s Theater will durch Wertevermittlung und Förderung ethischen Denkens und Handelns kreativ und vor allem aktiv zur Gewaltpräventions- und Integrationsarbeit beitragen.

Ergebnis:

Die Projektziele wurden wie folgt erreicht:

- Flächendeckende Etablierung des People´s Theater-Angebots an Offenbacher Grund- und Förderschulen (75 % der Schulen);
- qualitative Modifikation des Projekts durch Zwischen- und Endevaluation, Teaminterviews und Lehrerevaluationsbögen und -gespräche;
- qualitative Ziele (Bewusstsein der Lehrer über ihre Rolle bei der Durchführung des People´s Theater-Angebots, Anwendung von Konfliktlösungsstrategien im Klassenverband) werden evaluiert anhand der Rückmeldungen der Lehrer (Evaluationsgespräche und Evaluationsbögen).

Das Projekt erhielt den 7. Hessischen Präventionspreis.

8) **Netzwerk MEDISA**

(Netzwerk Medien, Sicherheit und Aufklärung im Landkreis Marburg-Biedenkopf)

Adresse: Frau Jutta Laucht • Raiffeisenstraße 1 • 35043 Marburg
☎ (06421) 406364 📠 (06421) 406366 ✉ jutta.laucht@polizei.hessen.de
🌐 www.jugendportal.marburg-biedenkopf.de

Titel: Familienmedientag – Wagen Sie sich mit ihrer Familie in ein Medienabenteuer

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Netzwerk MEDISA - Medien, Sicherheit und Aufklärung im Landkreis Marburg-Biedenkopf, das seit Herbst 2008 besteht, ist ein Zusammenschluss der Kreisjugendförderung Marburg-Biedenkopf, Wildwasser Marburg e.V., pro familia Marburg e.V. und der Jugendkoordination der Polizeidirektion Marburg-Biedenkopf.

Das Netzwerk beschäftigt sich insbesondere mit der ganzheitlichen Vermittlung von Medienkompetenz, und zwar nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Eltern, Großeltern, Lehrer/innen sowie pädagogische Fachkräfte der Jugendhilfe.

Durch das gemeinsame Erleben von Medien soll die Zielgruppe künftig in ihrer Kommunikation voneinander profitieren und dabei die Leichtigkeit der Kinder und Jugendlichen ebenso nutzen wie die größere Lebenskompetenz der Erwachsenen.

Daraus entwickelte sich die Idee, einen Familienmedientag zu veranstalten.

Ziel des Projekts war ein sicherer Umgang in und mit den modernen Kommunikationsmitteln, das Wissen um Datenschutz und Fairplay, aber auch die Freude am gemeinsamen Ausprobieren. Der interaktive Familienmedientag sollte Kindern und Eltern außerhalb der vier Wände einen gemeinsamen Erfahrungsraum bieten, in dem die Vielfalt der aktuellen Medienwelten erlebt und ausprobiert sowie auch kritische Aspekte thematisiert werden können.

Auf fünf Bühnen wurden insgesamt drei Vorträge, 14 Workshops, zehn Mitmachstationen und eine Vielzahl von Informationsständen angeboten.

Ergebnis:

Das Netzwerk berichtet, dass die Veranstaltung allein durch die Besuchsresonanz zu einem Erfolg wurde. Die Besucher/innen nutzten engagiert die Workshops, Infostände und Mitmachangebote zum Austausch über Medien.

9) **Polizeipräsidium Mittelhessen**

Adresse: Herr Manfred Kaletsch • Ferniestraße 8 • 35394 Gießen
☎ (0641) 70063800 📠 (0641) 70063809 📧 dvs.ppmh@polizei.hessen.de
🌐 www.verkehrssicher-in-mittelhessen.de oder www.aktion-bob.de

Titel: „verkehrssicher-in-mittelhessen“ mit der „Aktion BOB“

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Die „Aktion BOB“ zielt darauf ab, das Verantwortungsbewusstsein im Straßenverkehr zu stärken. Hauptzielgruppe sind die jungen Fahrerinnen und Fahrer im Alter zwischen 18 und 24 Jahren.

Ein Belohnungssystem für „richtiges Verhalten“ ist Teil des Konzepts.

In sog. „Workshops“ wird im persönlichen Dialog mit der Zielgruppe Kompetenz im Hinblick auf sicherheitsbewusstes Verhalten im Straßenverkehr mit dem Schwerpunkt Alkohol und Drogen vermittelt. Mit dem Projekt soll über Unfallgefahren und Folgen aufgeklärt, Verständnis und Bereitschaft zur Verhaltensänderung gefördert, polizeiliche Präventionsarbeit mit anderen gesellschaftlichen Trägern vernetzt, ausgewogene und notwendige Kontrollmaßnahmen durchgeführt sowie langfristig die Zahl der Unfälle reduziert werden.

BOB ist die Person mit der Verantwortung für das Fahren; die Person, die nicht trinkt, keine Drogen nimmt und sich und die Freunde sicher nach Hause fährt. Der Fahrer oder die Fahrerin gibt sich sichtbar mit einem knallgelben BOB-Schlüsselanhänger zu erkennen und erhält in teilnehmenden Gastronomiebetrieben ein alkoholfreies Getränk gratis.

Ergebnis:

Nach Mitteilung des Polizeipräsidiums Mittelhessen konnten in den beschriebenen Zielsegmenten die Unfallzahlen deutlich reduziert werden.

Das Vorzeigen des BOB-Schlüsselanhängers entwickle eine sichtbare Symbolkraft für das Fahren ohne Alkohol.

10) Präventionsrat der Stadt Frankfurt

Adresse: Herr Frank Goldberg • Kurt-Schumacher-Straße 45 • 60313 Frankfurt
☎ (069) 21235443 📠 (069) 21231455 ✉ frank.goldberg@stadt-frankfurt.de
🌐 www.gewalt-sehen-helfen.de

Titel: Noteingang – Hier finden Kinder Hilfe!

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Projekt Noteingang möchte das subjektive Sicherheitsempfinden von Kindern und deren Eltern verbessern. Dabei geht es nicht um dramatische oder lebensbedrohliche Notfälle. Vielmehr soll durch die Einrichtung von NOTEINGÄNGEN – vornehmlich entlang der Kindergarten- und Schulwege – ein Netzwerk geschaffen werden, das den Kindern signalisiert, dass sie sich im Bedarfsfall auf Hilfe verlassen können. Dies bewirke ein Gefühl der Sicherheit.

Bei den NOTEINGÄNGEN handelt es sich in der Regel um Ladengeschäfte und andere frei zugängliche Einrichtungen, bei denen Kinder besonders willkommen sind und deren Inhaber sich freiwillig bereit erklären, Kindern im Bedarfsfall zu helfen.

Die NOTEINGÄNGE werden von den Kindern bei kleineren alltäglichen Schwierigkeiten genutzt wie z.B. Übelkeit, Stürzen, verlorenen Haustürschlüsseln, dem Wunsch, die Toilette benutzen zu können, aber auch, wenn sie ein schlechtes Gefühl haben oder sich von anderen drangsaliert fühlen. Die Geschäftsinhaber werden persönlich gebeten, sich der Kinder anzunehmen und – wenn es sich um kein sofort lösbares Problem handelt – die Eltern zu verständigen. Falls dies nicht möglich sein sollte, liegt eine Telefonliste mit anderen Ansprechpartnern vor.

Durch die Anbringung der auffällig gelben NOTEINGANG-Aufkleber auf Eingangstüren oder Schaufenstern sind die NOTEINGÄNGE für jeden auf der Straße gut sichtbar. Darüber hinaus wird die Bedeutung des Aufklebers mit den Kindern und Eltern im Stadtteil kommuniziert.

Ergebnis:

Nach Mitteilung des Präventionsrates Frankfurt wurde das Projekt bereits in elf Stadtteilen in Frankfurt erfolgreich umgesetzt, in neun Stadtteilen ist das Projekt in der Umsetzungsphase, die restlichen Stadtteile folgen nach, so dass zum Schluss Noteingänge für Kinder stadtweit Hilfe bieten würden. Derzeit sind 207 Geschäfte und frei zugängliche Einrichtungen beteiligt.

11) **Sicheres Netz hilft e.V.**

Adresse: Herr Markus Wortmann • Nikolausengasse 3a • 65760 Eschborn
☎ (0177) 8288777 ✉ m.wortmann@sicheres-netz-hilft.de
🌐 www.sicheres-netz-hilft.de

Titel: „Aus- und Fortbildung zum akkreditierten und zertifizierten Internet-Medien-Coach (IMC)“

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Im Mittelpunkt der Aus- und Fortbildung zum akkreditierten und zertifizierten Internet-Medien-Coach (IMC) stehen die Vermittlung von Internetsicherheit und die Erlangung von Medienkompetenz. Ziel ist es, besonders Kinder und Jugendliche durch Aufklärung und eigene Kompetenz stark zu machen, ihnen Orientierung zu geben und sie so vor den verschiedensten Formen u.a. der Internetkriminalität (z.B. Mobbing, Stalking, Urheberrechtsverletzungen) zu schützen. Die Aus- und Fortbildung vermittelt dieses Wissen praxisnah und handlungsorientiert, d.h. in einer Form, in der es sich zur direkten Weitergabe an die Schüler eignet. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Vernetzung unterschiedlicher Berufsgruppen (Schule, Polizei, Jugendhilfe) sowie der Eltern und anderer Erziehungsverantwortlichen. Es bildet sich so ein selbst verstärkendes Netzwerk, in dem die Coaches sich gegenseitig zu verschiedenen Themen unterstützen, Veranstaltungen organisieren und für entsprechende Anfragen zur Verfügung stehen.

Zur weiteren Betreuung, Vernetzung und zum Informationsaustausch wurde ein geschlossenes Forum für ausgebildete IMC eingerichtet. Um die ausgebildeten Coaches weiter zu qualifizieren, den regelmäßigen und langfristigen Austausch und die Vernetzung zu ermöglichen bzw. zu intensivieren, werden Vertiefungs- und Infoveranstaltungen aus dem Bereich Internet- und Medienkompetenz angeboten.

Ergebnis:

Nach Angaben des Vereins wird das angestrebte Ziel erreicht. Durch Rückmeldung der ausgebildeten IMC liegen entsprechende Informationen über eigeninitiierte Veranstaltungen vor, in denen Internet- und Medienkompetenz vermittelt wird.

12) **Schule machen ohne Gewalt (SMOG) e.V.**

Adresse: Frau Heide Aust • Schloßbergweg 4 • 36286 Neuenstein
☎ (06677) 918211 📠 (06677) 918575 ✉ h.aust@smogline.de
🌐 www.smogline.de

Titel: „Schule machen ohne Gewalt (SMOG)“

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Das Projekt „Schule machen ohne Gewalt“ (SMOG) zeigt Wege auf, wie Menschen insbesondere in Schulen und Kindergärten den Problemen Gewalt und Sucht begegnen können. Ziel ist es, dem Gewaltpotential präventiv und intervenierend mit einer Vernetzung der unterschiedlichsten Aktivitäten entgegenzutreten, um so gesamtkonzeptionell die Entfaltung positiven Sozialverhaltens und eine stabile Persönlichkeitsentwicklung zu fördern.

„SMOG“ hat sich zur Aufgabe gemacht,

- Netzwerke in der Prävention und in der Intervention zu errichten, weiterzuentwickeln und zu unterstützen;
- durch intensive Präventionsarbeit Vorsorge zu leisten, insbesondere mit Schulungs- und Informationsveranstaltungen, Angeboten von Seminaren für Kinder, Jugendliche und Eltern (Schüler-Streitschlichter-Projekte, Antikonflikt-/Verhaltenstraining, Buslotsenausbildung, „Cool sein - cool bleiben“) sowie die Einführung des Gewaltpräventionsprojekts „Faustlos“ an Kindergärten und Grundschulen;
- durch Maßnahmen der Intervention eine erhöhte Effizienz zu erreichen, z.B. mit der Schaltung einer gerouteten „SMOGline“ (kostenlose hessenweite Telefonnummer zu Jugendsachbearbeitern/innen der Polizei) sowie ressortübergreifender fallbezogener Intervention;
- durch Öffentlichkeitsarbeit mehr Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken;
- einen gesamtgesellschaftlichen Konsens zu erreichen.

Ergebnis:

Der Verein teilt mit, dass an Schulen, die mit dem SMOG-Konzept arbeiten, zum einen Rückgänge bei den Schadensmeldungen bei der Unfallkasse Hessen festzustellen seien, zum anderen würden Lehrer/innen und Schüler/innen berichten, dass sich das Miteinander und das Klima positiv verändert habe. Auch die Polizei berichte über positive Entwicklungen. In der öffentlichen Meinung zur Gewalt habe sich ein Stimmungswandel ergeben.

13) **T.U.N. - Toleranz unter Nationen e.V.**

Adresse: Frau Julia Alcocer Maestre und Frau Eva Schuhmann
Thomas-Mann-Straße 30 • 65479 Raunheim
☎ (06142) 2201328 oder 42525 ✉ info@tun-raunheim.de
🌐 www.tun-raunheim.de

Titel: „Wir holen die Kinder und Jugendlichen von der Straße!“

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder):

Der Verein fördert die Integration von Ausländern in Gesellschaft und Politik. Durch das Projekt „Wir holen die Kinder und Jugendliche von der Straße!“ will der Verein durch ein breit gefächertes Angebot das Miteinander aller sozialen Schichten und Bevölkerungsgruppen verbessern und allen Bevölkerungsschichten eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

Der Verein setzt seinen Schwerpunkt auf die Sprachförderung, durch die eine Verbesserung und Förderung der deutschen Sprache bei ausländischen Frauen und Kindern erlangt werden soll. Er veranstaltet Dialogabende, die Vorträge zu sozialen, kulturellen, aktuellen und auch politischen Themen zum Inhalt haben. Dadurch sollen regelkonformes Verhalten gefördert, Ursachen und Risikofaktoren für nonkonformes Verhalten erkannt sowie aktive vorausschauende Problemvermeidung betrieben werden.

Im Kinosaal der Stadtverwaltung werden deutschsprachige Animationsfilme für Kinder und Jugendliche gezeigt, die an das Miteinander, an Freundschaft und an Tierliebe appellieren. Weiterhin setzt das Projekt auf Rhythmus und Bewegung durch Musik und Tanz (Salsa & Mehr). Durch den Workshop „Kreativ in jedem Alter“ sollen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten an einem Tisch ihre kreativen Fähigkeiten einbringen und ausleben.

Ergebnis:

Der Verein teilt mit, dass erste Teilnehmerinnen der Sprachförderung bereits ein festes Arbeitsverhältnis gefunden hätten.

Bei zahlreichen Veranstaltungen, Dialogabenden und weiteren Kursangeboten zeige die rege Teilnahme der ausländischen Mitbürger, dass das breit gefächerte Angebot von TUN e.V. angenommen wird. Dazu gehöre auch die kontinuierlich steigende Mitgliederzahl des Vereins.

2.

Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention

Neben der Unterstützung der kommunalen Kriminalprävention hat die Sachverständigenkommission ihre Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention weitergeführt. Dies geschah durch die ständige Mitarbeit im Deutschen Forum für Kriminalprävention und die fortlaufende Unterstützung des Deutschen Präventionstages sowie durch die Beteiligung am bundesweiten Austausch von Präventionsideen im Rahmen der Treffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte. Der Hessische Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn ist Mitglied des Kuratoriums des DFK und wirkt so an der Durchsetzung der präventiven Ideen auf Bundesebene mit. Der Geschäftsführer der Sachverständigenkommission ist Beiratsmitglied des DFK und vertritt dort die Interessen aller Landespräventionsräte.

Sowohl im Rahmen des 14. Deutschen Präventionstages am 8. und 9. Juni 2009 in Hannover als auch im Rahmen des 15. Deutschen Präventionstages am 10. und 11. Mai 2010 in Berlin stellten sich eine Vielzahl hessischer kriminalpräventiver Projekte dar und erlangten bundesweite Aufmerksamkeit. Der 16. Deutsche Präventionstag wird am 30. und 31. Mai 2011 wiederum unter starker hessischer Beteiligung in Oldenburg stattfinden.

Durch die fortlaufende Beteiligung an den Treffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte konnte der sinnvolle Informationsaustausch, der sowohl die theoretischen Grundlagen als auch die praktischen Präventionsarbeiten und hier insbesondere die bestehenden Modellprojekte betraf, aufrecht erhalten werden.

Um die im Zuge der demografischen Entwicklung immer wichtigere Prävention für ältere Menschen über die Landesgrenzen hinaus zu fördern, veranstaltete der hessische Landespräventionsrat zusammen mit dem Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen am 20. April 2010 eine Tagung in Köln zum Thema „Kriminalprävention für ein sicheres Leben im Alter“ mit folgendem Programm:



Begrüßung

Prof. Michael Kubink (LPR Nordrhein-Westfalen)

Dr. Helmut Fünfsinn (LPR Hessen)

Grußwort

Roswitha Müller-Piepenkötter

(Justizministerin des Landes Nordrhein-Westfalen)

Demografischer Wandel im Lichte der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention

Prof. Dieter Rössner (Philipps-Universität, Marburg)

Gefährdungen im Alter: Schutz vor Verbrechen

Prof. Ursula Lehr (Bundesministerin a.D. / Vorsitzende der BAG der Senioren-Organisationen)

Kriminalitätsgefahren im Alter

Prof. Thomas Görden (Deutsche Hochschule der Polizei, Münster)

Sicher leben im Alter für Menschen mit Migrationshintergrund

Jörg-Uwe Hahn (Stellvertretender Hessischer Ministerpräsident und Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa)

13.00 - 14.00 Uhr Mittagessen

Workshop 1: Schutz hochaltriger Menschen in häuslicher Pflege

Prof. Gisela Zenz

Workshop 2: Kriminalitäts- und Gewaltgefährdungen im Alter

Prof. Thomas Görden

Workshop 3: Gewalt gegen pflegebedürftige ältere Menschen: Nur Überforderung?

Prof. Rolf Hirsch

Schlusswort

Prof. Michael Kubink (LPR Nordrhein-Westfalen)

Dr. Helmut Fünfsinn (LPR Hessen)

3.

Beratung der Hessischen Landesregierung

Schließlich ist die Sachverständigenkommission in aktuellen rechtspolitischen Feldern wiederum auch dem Wunsch der Landesregierung nachgekommen, Bewertungen und Empfehlungen zu angedachten präventiven Maßnahmen abzugeben.

So beschäftigte sich die Arbeitsgruppe I „Gewalt und Minderheiten“ weiterhin - einer Bitte des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport und des Hessischen Städte- und Gemeindebundes nachkommend - mit dem Thema „Präventionsmaßnahmen gegen Extremismus“.

Auf Wunsch des Hessischen Sozialministeriums erarbeitete die Arbeitsgruppe II „Gewalt im häuslichen Bereich“ den Entwurf des „Aktionsplans des Landes Hessen zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich“, der durch Kabinettsbeschluss vom 29. November 2004 verabschiedet wurde. Als eine der Forderungen dieses Aktionsplans wurde am 1. Februar 2006 die Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt im Hessischen Ministerium der Justiz eingerichtet, deren Hauptaufgabe in der Vernetzung der in diesem Bereich tätigen Stellen besteht. Die wichtigsten Fortbildungsveranstaltungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landeskoordinierungsstelle können dem Bericht der Arbeitsgruppe II (Ziffer C, Seite 33), von der sie sachverständig beraten wird, entnommen werden.

Die Arbeitsgruppe IX „Kindesvernachlässigung“ hat gegenüber dem Hessischen Kultusministerium Empfehlungen zur verbesserten Zusammenarbeit mit den Jugendämtern bei einer Kindeswohlgefährdung und im Dezember 2010 eine Stellungnahme zum Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes abgegeben.

Anlässlich der aktuellen Diskussion um den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen hat die Arbeitsgruppe im April 2010 eine aus neun Punkten bestehende Empfehlung zur Prävention verabschiedet, auch als Handreichung für die hessische Beteiligung am „Runden Tisch“ der Bundesregierung in Berlin. Am 5. Mai 2010 hat die Arbeitsgruppe die Gelegenheit erhalten, ihre Empfehlungen Herrn Staatsminister Jörg-Uwe Hahn persönlich vorzustellen und sich mit ihm darüber auszutauschen.

Auf ihrer Grundlage wird bis voraussichtlich Anfang 2011 der Entwurf eines Aktionsplans des Landes Hessen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt in Institutionen erarbeitet, welcher dem Kabinett zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

In der „Expertenkommission zur Verbesserung der rechtlichen und tatsächlichen Instrumentarien zur Bekämpfung der Jugendkriminalität“, welche im Jahr 2008 auf Veranlassung des hessischen Justizministers eingesetzt worden ist, war der Landespräventionsrat durch mehrere Sachverständige - angeführt vom Vorsitzenden Prof. Dr. Rössner - vertreten, so dass eine eingehende Untersuchung auch des Präventionsbereichs gewährleistet war.

Die Kommission, die das Ziel verfolgte, Qualität und Effizienz in allen Abschnitten des Jugendverfahrens zu steigern, legte im August 2008 ihren Abschlussbericht vor, in welchem u.a. die Einrichtung von Häusern des Jugendrechts empfohlen wurde. Auch bei der anschließenden Implementierung dieser Projekte in Wiesbaden und Frankfurt-Höchst wirkte der Landespräventionsrat mit und gewährleistete eine Vernetzung mit den städtischen Präventionsräten sowie eine Stärkung der Präventionsarbeit vor Ort.

Darüber hinaus berät die stellvertretende Vorsitzende der Sachverständigenkommission, Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg, bundesweit in Fragestellungen von Amokläufen.

4.

Botschafter

Die Idee der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention ist auch durch die Botschafter des Landespräventionsrates Ioannis Amanatidis und Asli Bayram weiter vermittelt worden.

Ioannis Amanatidis hat sein Engagement als Botschafter verlängert. Im Frühjahr 2010 konnte Frau Asli Bayram als weitere Botschafterin gewonnen werden.

Beide Botschafter nehmen regelmäßig Termine, vorrangig an Schulen, wahr. Ioannis Amanatidis hat z.B. im Mai 2009 die Geschwister-Scholl-Schule in Bensheim besucht und das dortige Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ gewürdigt. Auch Asli Bayram besuchte seit Beginn ihrer Tätigkeit - neben anderen Veranstaltungen - eine Reihe von Schulen.

Anlässlich der Verleihung des Hessischen Präventionspreises im November 2010 moderierte Asli Bayram und Ioannis Amanatidis übergab die Preise an die prämierten Projekte.

5.

Internetauftritt

Der Landespräventionsrat ist seit 26. April 2004 online, am 19. August 2008 wurde die neue Homepage (Corporate Design) freigeschaltet. Unter **www.landespraeventionsrat.hessen.de** können neben Informationen zum Landespräventionsrat selbst auch solche zu allen Arbeitsgruppen, den örtlichen Präventionsgremien und zu verschiedenen Terminen abgerufen werden. Weiterhin finden sich auf der Internetseite Links zu anderen Präventionsgremien auf Bundes- und Länderebene.

B.
ARBEITSGRUPPE I
„GEWALT UND MINDERHEITEN“

(mit Geschäftsstelle im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport)

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Roland Ullmann
Geschäftsführer	Thomas Lorenz

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Angor , Silke	Staatliches Schulamt Offenbach
Arslaner , Halime	Staatliches Schulamt Frankfurt (seit 3/2009)
Czymai , Rita	LandesFrauenRat Hessen
Gomes , Julius	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen
Gutmark , Dr. Jakob	Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
Klotz , Bernd	Hessischer Städte- und Gemeindebund
Lipsch , Andreas	Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
Marincola , Franco	CGIL-Bildungswerk Frankfurt
Mokhtari , Mimoun	Polizeipräsidium Südhessen, Darmstadt
Neutzner , Andreas	Hessisches Ministerium der Justiz
Retza , Burglinde	Sozialreferentin a.D.
Thaler , Katrin	Hessisches Ministerium der Justiz (seit 6/2010)
Tolksdorf , Klaus Jürgen	Hessischer Jugendring, Sportjugend Hessen
Weisbart , Claudia	Hessisches Ministerium der Justiz (bis 4/2010)
Werner , Prof. Dr. Klaus	Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden

Die Arbeitsgruppe tagte am 28.1.2009, 25.3.2009, 16.6.2009, 16.9.2009, 18.11.2009, 22.4.2010 und 24.6.2010.

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich in den letzten Jahren u.a. mit mehreren Schwerpunktthemen, die untereinander deutliche und sehr aktuelle Bezüge haben:

1. Rechtsextremismus

- Thematische Befassung seit 2002:
- Projektauswertung Prof. Hafenegger, Fachtagung „Hinsehen und Handeln“, Aufbau IKARus
- Ausbau des Beratungsnetzwerks „Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ in Hessen
- Projekt „Fremdenfeindlichkeit und Migranten“ in Offenbach

Seit 2002 befasst sich die ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Gewalt und Minderheiten“ des Landespräventionsrates mit dem Thema Prävention von Rechtsextremismus.

Nach einer ersten Auswertung einer landesweiten Umfrage zu spezifischen Präventionsprojekten und -konzepten durch Prof. Dr. Hafenegger (Universität Marburg) konnten diese der Landeszentrale für politische Bildung zur Verfügung gestellt werden.

Im Januar 2006 wurde dann von der Arbeitsgruppe eine Fachtagung „Hinsehen & Handeln“ zur Prävention von Rechtsextremismus mit rund 230 Teilnehmer/innen durchgeführt (Dokumentation siehe www.landespraeventionsrat.hessen.de/Termine). Es folgten mehrere regionale Workshops/Veranstaltungen zu verschiedenen Aspekten des Themas.

Aufgrund der hervorragenden Ergebnisse des Programms **„Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen“** der Hessischen Landesregierung und der engen Vernetzung mit der Arbeitsgruppe über den Leiter der Geschäftsstelle **IKARus** (Informations- und Kompetenzzentrum des Programms Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen beim Hessischen Landeskriminalamt) und ihren Kooperationspartnern, formulierte die Arbeitsgruppe in Ihrem 7. Bericht die Empfehlung an die Landesregierung:

- ⇒ **Auch aus Sicht der Arbeitsgruppe wird IKARus als ein sehr erfolgreiches Projekt bewertet.**
- ⇒ **Um eine flächendeckende Wahrnehmung dieser Bemühungen zum Rückgang des Rechtsextremismus in Hessen zu erreichen, wird ein Ausbau des Projekts IKARus empfohlen.**

Erfreulicherweise konnte dies seit dem Jahr 2007 mit dem ergänzenden Auf- und Ausbau eines **Beratungsnetzwerkes Hessen „Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“** realisiert werden.

Nach immer häufigeren Erfahrungsberichten von Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit Jugendlichen zu tun haben, über zunehmende **Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund**, entschloss sich die Arbeitsgruppe, Ursachen und Hintergründe zu erheben. Um Hinweise und Ansatzpunkte für Interventions-/Präventionsmaßnahmen zu erlangen, konnte die Arbeitsgruppe in Kooperation mit IKARus und JUMINA (Junge Migranten in Ausbildung) das **Projekt „Fremdenfeindlichkeit unter und gegen jugendliche Migranten“** an einer weiterführenden Schule in Offenbach initiieren und umsetzen.

Schülerinnen und Schüler aus zwei Klassen arbeiteten seit Mai 2008 mit dem Klassenlehrer und einem Medienpädagogen im Rahmen einer Erkundung („Blitzlicht“) an einer themenbezogenen Umfrage an der Ernst-Reuter-Schule in Offenbach.

Ziel war einerseits die Verifizierung von Eindrücken über zunehmende Fremdenfeindlichkeit unter und gegenüber jugendlichen Migranten und andererseits die Betrachtung möglicher Einflussfaktoren im Umfeld der Schüler, um über diese Erkenntnisse eventuelle Ansatzpunkte für gezielte Präventionsmaßnahmen gewinnen zu können.

Im Rahmen der zum Teil schwierigen Umsetzung des Projekts konnte eine Arbeitsgruppe interessierter Schülerinnen und Schüler gebildet werden, die einen Fragebogen zum Thema entwickelte, eine Befragung der Mitschüler/innen durchführte und einen Rücklauf von rund 250 Fragebögen verzeichnen konnte. Die vorgesehene Erhebung im sozialen Umfeld der Schüler (Familie, Religionsgemeinde, Verein, Freunde) konnte leider nicht mehr erfolgen.

Die Antworten der Jugendlichen wurden in einem Statistik-Programm erfasst, ausgewertet und (soweit möglich) bewertet. Der Projektbericht mit Angaben zur Beschreibung der Teilnehmer-

gruppe (Alter, Herkunft, Eltern, Religion), des **Antwortverhaltens auf die Fragen zu den Themenbereichen Fremdenfeindlichkeit, Integrationsgrad, Medien, Kultur und Religion**, befindet sich aktuell in der Endabstimmung in der Arbeitsgruppe. Dabei wird auch ein Vorschlag erarbeitet, inwieweit weiterer Handlungsbedarf gesehen wird.

2. Islamismus

- Umsetzung der Empfehlung an die Landesregierung
- Aufgabenwahrnehmung eines zentralen Ansprechpartners für Muslime durch den Landesausländerbeauftragten der Hessischen Polizei
- Aufbau eines systematischen Dialoges

Aufgrund der Entwicklungen im Jahr 2001 hatte die Arbeitsgruppe beschlossen, sich des Themas „kriminalpräventive Initiativen zur verbesserten Integration der Muslime in Hessen“ anzunehmen.

Nach erfolgreicher Durchführung der Fachveranstaltung **„Gemeinsam gegen Extremismus - Miteinander in der Prävention“** im Mai 2004 in Frankfurt, in deren **Fokus die Situation junger Muslime** stand, wurde eine entsprechende Dokumentation erstellt und versandt (s.a. www.landespraeventionsrat.hessen.de/Termine).

Bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung dieser Fachveranstaltung hatte sich für die Arbeitsgruppe herauskristallisiert,

⇒ **dass zur Fortführung des mit der Fachveranstaltung begonnen Dialoges mit den islamischen Gemeinden, Verbänden und Vereinen die Benennung und Veröffentlichung eines zentralen Ansprechpartners/einer zentralen Ansprechpartnerin der Landesregierung sinnvoll erscheint, um u.a. die verschiedenen kommunalen, regionalen und landesweiten präventionsrelevanten Dialogforen zu erfassen, zu begleiten und ggf. zu koordinieren.**

Zur Umsetzung dieser Empfehlung an die Landesregierung wurden von der Arbeitsgruppe nach Abstimmung mit dem Integrationsbeirat und dem Landespräventionsrat eine konkrete Aufgabenbeschreibung, ein Anforderungsprofil und ein Vorschlag zur Anbindung eines zentralen Ansprechpartners für Muslime erarbeitet.

Unter ausdrücklicher Beschränkung auf kriminalpräventive Gesichtspunkte stehen insbesondere die **Themenfelder** Extremismus, Gewalt (in und außerhalb der Familie), Straftaten im Zusammenhang mit falsch verstandenem Ehrbegriff, Zwangsheirat, Fremdenfeindlichkeit und Dialog-Probleme (z.B. im Zusammenhang mit Moscheebauten) im Fokus.

Dabei werden hauptsächlich Dialog-, Beratungs-, Unterstützungs-, Vernetzungs- und Vermittlungs-**Aufgaben** wahrgenommen.

Aufgrund der zustimmenden Entscheidung von Herrn Ministerpräsidenten Bouffier (damals als Innenminister) werden die Aufgaben des **zentralen Ansprechpartners für Muslime seit Oktober 2008 von dem neu eingesetzten Landesmigrationsbeauftragten der hessischen Polizei** wahrgenommen.

Dieser hat seine Arbeit aufgenommen, sich bei der Arbeitsgruppe vorgestellt und gemeinsame Ziele abgestimmt. Er hat inzwischen auf Landesebene zu einer Vielzahl von muslimischen

Verbänden und Gruppierungen Kontakt aufgenommen und einen Dialog unter ausschließlich kriminalpräventiven Gesichtspunkten etabliert. Mit besonders geeigneten Gesprächspartnern wird dieser Dialog nun verfestigt und zu einem **Präventions-Arbeitskreis** institutionalisiert werden.

Aufgrund der herausragenden Bedeutung für die aktuelle Sicherheitslage wird sich die Arbeitsgruppe weiterhin mit dieser komplexen und vielschichtigen Thematik beschäftigen.

3. Unterstützung der kommunalen Präventionsgremien

- Präventive Stadterkundung „Miteinander statt nebeneinander“ in Viernheim
- Qualifizierungsmaßnahmen/-angebote für kommunale Präventionsgremien

Erfolgreich konnte im September 2009 das **Projekt** der Arbeitsgruppe zur **Unterstützung der kommunalen Präventionsräte: Stadterkundung „Miteinander statt nebeneinander“ in Viernheim** abgeschlossen werden.

Im Rahmen einer ganztägigen Stadterkundung mit einem Bus zu mehreren Stationen wurden verschiedene Präventionsaktivitäten in Viernheim vorgestellt, in denen auf vorbildliche Weise bürgerschaftliches Engagement eingebunden ist:

Begrüßung durch den Bürgermeister; Präventionsprojekt „Hilfeinseln“ für Kinder (Polizei, Kommune und Gewerbetreibende) mit dem Kinderkommissar LEON (Sympathiefigur der Hessischen Polizei); Gewaltpräventionsprojekt PiT-Hessen - Prävention im Team-Hessen - (Klassenlehrer, Polizeibeamte und Schulsozialarbeit) und Stadtteilbüro der Jugendpflege an der Alexander-von-Humboldt-Schule; Frauengruppe und Dialog zwischen Muslimen und der Polizei im türkisch-islamischen Kulturverein; Projekt Förderband (Förderung Jugendlicher beim Übergang Schule-Beruf) und des Vereins Lernmobil (Förderung der interkulturelle Bildung) im Bürgerzentrum TIB - Treff am Bahnhof -.

Mit über 30 Teilnehmer/innen aus ganz Hessen wurde die Zielgruppe Bürgermeister, Verwaltungs- und Ordnungsamtsleitungen, Bewährungshelfer erreicht. Positive Rückmeldungen der Teilnehmer bestätigen, dass mit der Veranstaltung ein erfolgreicher Beitrag zur Verschränkung von Kriminalprävention und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements geleistet wurde.

Begonnen wurde Ende 2009 ein neues Projekt zur **Förderung der kommunalen Präventionsräte durch zielgerichtete und bedarfsorientierte Qualifizierungsmaßnahmen** in enger Zusammenarbeit mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund, der Ehrenamtsagentur Hessen und dem Netzwerk gegen Gewalt.

Als strukturell besonders geeignete Pilotregion wurde die Stadt Gießen mit dem Lahn-Dill-Kreis ausgewählt. Nach einer schriftlichen Vorab-Information aller Gemeinden und Präventionsgremien über das Vorhaben wurde im Mai 2010 eine Informationsveranstaltung bei der Freiwilligenagentur Wetzlar zu Qualifizierungsangeboten durchgeführt, in deren Rahmen auch eine Erhebung konkreter Bedarfe der anwesenden Präventionsräte und Gremien erfolgte. Anhand der Auswertung aller Bedarfsmeldungen konnten folgende Fortbildungsthemen angeboten werden:

a) Wie gewinne ich Menschen für die kommunale Präventionsarbeit? Wie gestalte ich entsprechende Veranstaltungen?

Praxisorientierte Informationen zur erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Veranstaltungsvorbereitung, Moderation

b) Von der Reaktion zur Aktion

- Krise und Öffentlichkeit. Wie verhält sich der Präventionsrat?
- Bedeutung der Kriminalstatistik für die Präventionsarbeit sowie Evaluationsmöglichkeiten für Projekte

c) Zielgruppen im Blick

- Sicherheit für Seniorinnen und Senioren als Thema des Präventionsrates
- Projekte und Initiativen gegen Gewalt und Alkohol bei Jugendlichen
- Die Bedeutung kriminologischer Fragen in der Präventionsarbeit – ein Überblick

Aktuell wird die Durchführung der bedarfsorientierten Qualifizierungsmaßnahmen vor Ort konzipiert. Nach Durchführung und Evaluation dieser Maßnahmen soll eine Ausdehnung auf andere hessische Regionen geprüft werden.

C.
ARBEITSGRUPPE II
„GEWALT IM HÄUSLICHEN BEREICH“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende	Prof. Dr. Margrit Brückner
	Prof. Dr. Monika Simmel-Joachim
Geschäftsführerin	Anja Bell (bis 7/2009) / Katrin Thaler (seit 9/2009), Leiterin der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Beuter , Brigitte	Landesarbeitsgemeinschaft Beratungs-/Interventionsstellen
Beuth , Kristin	Hessisches Ministerium der Justiz
Eller , Sabine	Frauenbüro der Stadt Darmstadt
Erhardt , Martin	Zentrum Bildung der Ev. Kirche in Hessen und Nassau
Friedrich , Ilona	Jugendamt des Werra-Meißner-Kreises
Gage-Lindner , Nancy	Hessisches Sozialministerium
Mansky , Christa	Beratungsstelle Frauen-Notruf Nidda
Oberlik , Renate	Deutscher Kinderschutzbund
Pieper , Anita	Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser
Rahn , Kathrin	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Schalk , Maria-Theresia	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Schüler , Irmgard	Landesarbeitsgemeinschaft hessischer Frauenbüros

Die Arbeitsgruppe tagte am 15.1.2009, 28.5.2009, 9.10.2009, 21.1.2010, 15.4.2010, 1.7.2010 und 8.10.2010.

Vorbemerkung

Seit Einrichtung der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt im Hessischen Ministerium der Justiz zum 1. Februar 2006 unterstützt die Arbeitsgruppe II als Sachverständigenbeirat die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt. Um dieser Rolle gerecht zu werden, hat sie sich - bereits in den letzten beiden Berichtszeiträumen - umstrukturiert und personell zu einer Kern-/Steuerungsgruppe verkleinert, deren Mitglieder die Fachrichtungen widerspiegeln, die vom Landesaktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich angesprochen sind.

Schwerpunkte als Sachverständigenbeirat der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt

Die Arbeitsgruppe II begleitet und unterstützt als Sachverständigenbeirat die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt. In regelmäßigen Sitzungen informieren die einzelnen im Beirat vertretenen Mitglieder über aktuelle Entwicklungen in ihren Bereichen und diskutie-

ren gemeinsam mit der Leiterin der Landeskoordinierungsstelle anstehende Probleme und durchzuführende Aktivitäten.

In diesem Zusammenhang begleitet die Arbeitsgruppe auch die jährlich von der Landeskoordinierungsstelle durchgeführten Fachtagungen. Im Berichtszeitraum hat sich eine Fachtagung am 2. Dezember 2009 mit 105 Teilnehmer/innen dem Thema „Gesundheitliche Aspekte häuslicher Gewalt“ und eine Fachtagung am 28. September 2010 mit 254 Teilnehmer/innen dem Thema „Häusliche Gewalt im Kontext von Migration“ gewidmet.

Seit dem Jahr 2007 treffen sich die Arbeitsgruppe II und die Leiterin der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt regelmäßig mit Vertreter/innen aller Runden Tische gegen häusliche Gewalt in Hessen. Das jährlich stattfindende Treffen soll den Arbeitskreisen zum einen die Möglichkeit für einen ständigen Erfahrungsaustausch und eine Verlinkung untereinander, aber auch für eine Reflektion über die Gestaltung und Arbeitsweise der Runden Tische geben. Zum anderen können durch einen Themeninput Anregungen für die weitere praktische Arbeit im örtlichen Arbeitskreis gegeben werden. Schwerpunktthemen waren im Jahr 2009 die „Pro-aktive Beratungsarbeit nach Polizeieinsätzen wegen häuslicher Gewalt“ und im Jahr 2010 „Häusliche Gewalt und frühe Hilfen“.

Die Arbeitsgruppe II entscheidet schließlich über die Einrichtung sowie die thematische Besetzung von Unterarbeitsgruppen und formuliert die entsprechenden Arbeitsaufträge.

Unterarbeitsgruppen

Im Berichtszeitraum hat die Arbeitsgruppe II wie in früheren Berichtszeiträumen zu konkreten Vorhaben in - bereits bestehenden oder neu gegründeten - Unterarbeitsgruppen gearbeitet. Solche bestanden im Berichtszeitraum zu folgenden Themen und mit folgender Besetzung:

Aktualisierung des Landesaktionsplans

Diese Unterarbeitsgruppe wurde Ende 2007 eingerichtet mit dem Auftrag, die Empfehlungen der Arbeitsgruppe II zur Implementierung des Gewaltschutzes - Handlungsfelder zur Prävention und Schutz vor Gewalt im häuslichen Bereich (in: Arbeitsmaterialien zum Aktionsplan des Landes Hessen zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich, Abschnitt 1) - durchzuarbeiten und zu aktualisieren. Im Anschluss soll eine aktualisierte Fassung des Landesaktionsplans zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich vorgelegt werden. Die Arbeit der Unterarbeitsgruppe wurde Ende 2009 abgeschlossen. Nachdem der aktualisierte Landesaktionsplan die Hausspitzen der beteiligten Ministerien durchlaufen haben wird, soll er dem Kabinett zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Verantwortlich:

Bell, Anja	Vorsitzende der Arbeitsgruppe
Beuter, Brigitte	Landesarbeitsgemeinschaft der Beratungs-/Interventionsstellen
Gage-Lindner, Nancy	Hessisches Sozialministerium
Pieper, Anita	Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser
Simmel-Joachim, Prof. Dr. Monika	Hochschule RheinMain Wiesbaden
Stierhof, Friederike	Hessisches Landeskriminalamt

Wegweiser Männerberatung

Im Jahr 2008 hat die Landeskoordinierungsstelle eine inhaltlich von der Unterarbeitsgruppe erarbeitete Broschüre unter dem Titel „Wegweiser für die Beratung von Männern mit Gewaltproblemen“ herausgegeben. Der Wegweiser möchte auf die Bedeutung und die Notwendigkeit von Täterarbeit als einem wichtigen Teil von Gewaltprävention hinweisen und Standards und Kriterien hierfür formulieren. Insbesondere aber soll ein hessenweiter Überblick über die Beratungslandschaft gegeben und hierdurch der Zugang zu den vorhandenen Angeboten erleichtert werden. So werden darin Anlaufstellen aufgeführt, die in Hessen Täterarbeit anbieten und an die sich Männer mit Gewaltproblemen wenden können. Eine Projektlandkarte ermöglicht es, auf einen Blick zu erkennen, ob und wo es in der Nähe ein Täterberatungsangebot gibt. Daneben beinhaltet der Wegweiser auch hilfreiche fachliche Informationen zum Themenfeld Täterarbeit bzw. häusliche Gewalt.

Die Broschüre kann im Internet unter www.lks.hessen.de/Materialien heruntergeladen werden.

Im Berichtszeitraum hat sich die Unterarbeitsgruppe mehrmals getroffen, um eine Aktualisierung des Wegweisers zu erarbeiten. Diese wird Ende 2010 abgeschlossen; Anfang 2011 soll eine Neuauflage des Wegweisers erscheinen.

Verantwortlich:

Erhardt, Martin	Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Krichbaum, Erich	Stv. Vorsitzender, Männernetz Hessen e.V.
Brossette, Udo	pro familia Darmstadt
Feix, Volker	Täterberatung des Diakonischen Werkes Groß-Gerau
Schlegel, Sabine	Jugendkonflikthilfe Marburg e.V.
Seifried, Bernd	BIZeps Wiesbaden
Strohmeier, Johannes	Informationszentrum für Männerfragen e.V. Frankfurt

Weiterbildung

Diese Unterarbeitsgruppe hat sich im Berichtszeitraum weiterhin mit dem Fortbildungsbedarf einzelner Berufsgruppen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt befasst. Insofern kooperiert sie mit dem Hessischen Sozialministerium.

Die Unterarbeitsgruppe Weiterbildung unterstützt zudem die Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt bei der Konzipierung der von ihr durchzuführenden Fachtagungen und sonstigen Fortbildungsmaßnahmen.

Verantwortlich:

Simmel-Joachim,	
Prof. Dr. Monika	Vorsitzende der Arbeitsgruppe
Bell, Anja	Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt (bis 7/2009)
Fink, Beate	Hessisches Sozialministerium
Gage-Lindner, Nancy	Hessisches Sozialministerium
Gombel, Corinna	Hessische Polizeischule
Leitschuh, Elisabeth	Hessisches Sozialministerium
Malburg, Elke	Hessisches Sozialministerium

Retza, Burglinde	Sozialreferentin a.D.
Ruge, Inge	Frauen helfen Frauen e.V. Marburg
Starmanns, Silke	Frauen helfen Frauen e.V. Offenbach
Thaler, Katrin	Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt (seit 9/2009)

Standards für Interventionsstellen

Die Unterarbeitsgruppe hat 2009 Standards für Interventionsstellen in Hessen erarbeitet, die auf der Internetseite der Landeskoordinierungsstelle www.lks.hessen.de/Materialien eingestellt sind. Sie wurden bei dem Treffen der Landeskoordinierungsstelle und der Arbeitsgruppe II mit den örtlichen Runden Tischen gegen häusliche Gewalt am 9. November 2009 vorgestellt.

Verantwortlich:

Brückner, Prof. Dr. Margrit	Vorsitzende der Arbeitsgruppe
Bell, Anja	Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt
Mansky, Christa	Beratungsstelle Frauen-Notruf, Nidda
Pieper, Anita	Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser
Rahn, Kathrin	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Schalk, Maria-Theresia	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Schüler, Irmgard	Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauenbüros

Datenerhebung

In Hessen - wie auch deutschlandweit - besteht keine einheitliche Datenbasis zur häuslichen Gewalt weder im Hell- noch im Dunkelfeld.

Die Feststellung gültiger Zahlen ist jedoch dringend erforderlich, um den Bedarf im Sinne des Landesaktionsplans feststellen, im Hinblick auf notwendige Maßnahmen argumentieren und den Erfolg der bisher ergriffenen Maßnahmen beurteilen zu können.

Um bestehende Zahlen zur häuslichen Gewalt zu erfassen und den Bedarf für bisher nicht erfasste Zahlen zu ermitteln wurde am 14. Juni 2010 erstmals die Unterarbeitsgruppe Datenerhebung einberufen.

Verantwortlich:

Simmel-Joachim, Prof. Dr. Monika	Vorsitzende der Arbeitsgruppe
Friedrich, Ilona	Jugendamt des Werra-Meißner-Kreises
Gesang, Matthias	GIT (Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt)
Koch, Martin	GIT (Oberlandesgericht Frankfurt)
Pieper, Anita	Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser
Richter, Ingrid	GIT (Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt)
Straßburg, Carola	Hessisches Landeskriminalamt
Thaler, Katrin	Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt

Die Berufung von Mitgliedern zu der Arbeitsgruppe ist noch nicht abgeschlossen.

D.
ARBEITSGRUPPE III
„PRÄVENTION FÜR ÄLTERE MENSCHEN“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Dr. Karl-Heinz Groß (bis 6/2010) Dr. Karl-Heinz Bernard (seit 7/2010)
Geschäftsführerin	Anja Bell (bis 7/2009) Dr. Heike Bußmann (seit 8/2009)

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Breukel , Gerd	Seniorenbeirat Wetteraukreis
Bychowski , Ute	Frankfurter Verband
Goedel , Dr. Ursula	Ltd. Oberstaatsanwältin a.D.
Gussmann , Volker	Regierungspräsidium Gießen
Kleinau , Andreas	Direktor der R+V Versicherung a.D.
Kreuzer , Prof. Dr. Arthur	Emeritus Universität Gießen
Kulenkampff , Christoph	Staatssekretär a.D. (bis 1/2010)
Marx , Dr. Marie-Luise	Hessisches Sozialministerium
Sauer , Dietrich	Kriminaldirektor a.D.
Scheunemann , Klaus	Journalist (bis 6/2009)
Schneider , Uwe	Präventionsrat Unterer Rheingau (seit 7/2010)
Stahnke , Heike	Amtsanwaltschaft Frankfurt
Zenz , Prof. Dr. Dr. Gisela	Universität Frankfurt

Die Arbeitsgruppe tagte am 14.1.2009, 5.3.2009, 3.6.2009, 5.8.2009, 18.11.2009, 9.3.2010, 30.6.2010 und 13.10.2010.

In den Sitzungen wurde vor allem die Arbeit im Themenbereich „Gewalt in der Pflege“ vertieft:

- a) Die Arbeitsgruppe erarbeitete Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutz Pflegebedürftiger. In ihren Empfehlungen regte sie insbesondere an, ein Recht auf gewaltfreie, menschenwürdige Pflege, vergleichbar dem § 1631 Abs. 2 BGB, gesetzlich zu verankern. Sie schlug außerdem vor, für die staatliche Intervention bei einer Gefährdung des Wohls des Pflegebedürftigen materiell-rechtliche, verfahrensrechtliche und verwaltungsorganisatorische Grundlagen zu schaffen. Weitere Überlegungen betrafen einen gesetzlichen Anspruch von Pflegepersonen auf Inanspruchnahme einer Beratungsstelle, ergänzt durch eine Verpflichtung von Ärzten, spätestens zu Beginn einer Pflegesituation auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Arbeitsgruppe hielt außerdem eine weitergehende empirische Forschung zu Problemen in der häuslichen Pflege sowie die Einsetzung einer Gesetzgebungskommission für erforderlich, um

die Vielzahl noch klärungsbedürftiger tatsächlicher und rechtlicher Fragen zu beantworten. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe wurden u.a. dem Hessischen Minister der Justiz, für Integration und Europa sowie der Bundesministerin der Justiz und der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgelegt. Die Ministerien äußerten sich positiv zu dem Entwurf und wollen ihn bei ihrer weiteren Arbeit in diesem Bereich berücksichtigen.

- b) Die Arbeitsgruppe setzte ihre Arbeit an den „Leitsätzen für die Behandlung Pflegebedürftiger“ fort und befasste sich in diesem Zusammenhang u.a. mit dem Einsatz elektronischer Überwachungsgeräte zum Schutz von Heimbewohnern. Die Vervollständigung und systematische Zusammenstellung der Leitsätze steht vor ihrem Abschluss. Die Arbeitsgruppe wird damit Empfehlungen für die betroffenen Kreise zusammenstellen können, in denen die Problembereiche der Heimpflege möglichst weitgehend erfasst werden.

Weitere Aktivitäten der Arbeitsgruppe betrafen die Anregung einer Fortbildungsveranstaltung für die Staatsanwaltschaften, die sich mit den Ermittlungen bei Körperverletzungsdelikten und Todesfällen in Pflegeeinrichtungen befassen soll, sowie Überlegungen zu einem Informationsblatt für pflegende Angehörige. Inzwischen hat die Arbeitsgruppe mit der Arbeit an einem neuen Thema, der Versorgung älterer Patienten in Krankenhäusern, begonnen. Mit diesem Problembereich, der bisher noch keine ausreichende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gefunden hat, wird sie sich in den nächsten Sitzungen weiter beschäftigen. Nach einer Bestandsaufnahme der besonderen Schwierigkeiten in diesem Bereich soll hier insbesondere das Problembewusstsein der dort tätigen Personen und Institutionen geweckt werden. Die bisherige Arbeit der Gruppe zu den Themen häusliche und stationäre Pflege soll auf diese Weise ergänzt werden.

E.
ARBEITSGRUPPE IV
„JUGENDKRIMINALITÄT“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende	Kerstin Reckewell
Geschäftsführerin	Daniela Winkler

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Florschütz , Maria	Jugendkonfliktberatung Marburg
Hülshorst , Andrea	Amtsgericht Marburg
Müller , Berthold	Hessisches Sozialministerium (bis 11/2009)
Ott , Carsten	Hessisches Landeskriminalamt
Rademacher , Helmolt	Hessisches Landesinstitut für Pädagogik
Reinhold , Marc	Hessisches Landeskriminalamt
Ristau , Ulrike	Rechtsanwältin
Schröder , Luise	Hessisches Sozialministerium (seit 12/2009)
von Horstig , Ulrich	Justizvollzugsanstalt Wiesbaden
Weyel , Frank H.	DVJJ-Regionalgruppe Hessen

Die Arbeitsgruppe tagte am 29.1.2009, 1.7.2009, 2.10.2009, 15.1.2010, 20.8.2010 und 2.12.2010.

Die Arbeitsgruppe befasste sich in den zurückliegenden zwei Jahren mit den Jugendrechtshäusern nach der Konzeption des Bundesverbandes der Jugendrechtshäuser Deutschland e.V. Letzterer sieht in ihnen Demokratieschulen und Orientierungsstätten für junge Menschen in der interkulturellen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Die vier Säulen der Jugendrechtshäuser sind danach Beratung und Vermittlung im Einzelfall, Demokratieschulung, Bildung und Orientierung sowie gezielte Prävention in Problemfällen und Beteiligung am gesellschaftspolitischen Diskurs. Dieser Konzeption folgt auch das in Marburg-Biedenkopf gegründete erste und bisher einzige Jugendrechtshaus in Hessen.

Nachdem sich die Arbeitsgruppe im Jahr 2007 einen Überblick über die Konzeption der Jugendrechtshäuser verschaffte und zu diesem Zweck auch Mitglieder des Vorstandes aus Marburg-Biedenkopf anhörte, lag der Schwerpunkt in den zurückliegenden zwei Jahren auf der Information der Fachöffentlichkeit über diese Einrichtungen mit dem Ziel der Förderung und Unterstützung der Einrichtung weiterer Jugendrechtshäuser in Hessen. Damit wird zugleich eine wesentliche Empfehlung der Expertenkommission zur Verbesserung der rechtlichen und tatsächlichen Instrumentarien zur Bekämpfung der Jugendkriminalität umgesetzt.

Zu diesem Zweck veranstaltete die Arbeitsgruppe 2009 und 2010 Tagungen in Nord- und Mittelhessen.

Am 30. April 2009 fand in Kooperation mit den Präventionsräten der Städte Kassel und Hofgeismar eine Informationsveranstaltung im Magistratssaal des Rathauses der Stadt Kassel statt. Rund 40 Teilnehmer/innen aus den Bereichen Politik, Polizei, Justiz und Jugendhilfe erhielten Informationen über die Gründungsmodalitäten und Inhalte eines Jugendrechtshauses. Vorstandsmitglieder des Jugendrechtshauses Marburg-Biedenkopf hielten zu diesem Zweck Referate zu den Themen „Gründungsgeschichte des Jugendrechtshauses Marburg und praktische Tipps“ sowie „Erfahrungsberichte aus Schulprojekt und Beratungssprechstunde“.

Eine weitere Informationsveranstaltung fand in Gießen am 28. April 2010 in der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden, Abteilung Gießen, statt. Die Veranstaltung orientierte sich hinsichtlich Teilnehmerkreis und Ablauf an der Veranstaltung in Kassel.

Auch wenn in Hessen die Gründung weiterer Jugendrechtshäuser bislang nicht zu verzeichnen war, wird die Arbeitsgruppe weiterhin versuchen, die Ausweitung des Modells zu unterstützen und die praktische Umsetzung zu forcieren, wobei der Arbeitsschwerpunkt insbesondere auf der Entwicklung neuer Konzepte liegen wird.

F.
ARBEITSGRUPPE V
„LADENDIEBSTAHL“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Wolfram Wiesemann
Geschäftsführer	Alfred Ritzke

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Albrecht , Frank	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.
Egert , Klaus	Hessisches Kultusministerium
Eunicke-Morell , Dr. Carola	Hessisches Kultusministerium
Johne , Rainer	Jugend- und Sozialamt Frankfurt

Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe ruht im Hinblick auf das neue Aufgabenfeld „Neue Technologien - Neue Wege zur Gewalt“ (siehe hierzu Seite 44). Es ist beabsichtigt, das erfolgreiche, von verschiedenen Präventionsgruppen anderer Bundesländer übernommene Konzept nach Beendigung des Projekts der Arbeitsgruppe VIII wieder aufzunehmen, es weiterzuentwickeln und erneut zu realisieren.

G.
ARBEITSGRUPPE VI
„PRAXISORIENTIERTE ERFOLGSKONTROLLE“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Dr. Leo Teuter
Geschäftsführerin	Claudia Weisbart

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Desch , Roland	Hessisches Landeskriminalamt
Heimer , Prof. Dr. Thomas	Hochschule für Bankwirtschaft Frankfurt
Schneider , Prof. Dr. Hans	Fachhochschule Frankfurt
Wieland , Dagmar	Fachstelle für Suchtprävention Gelnhausen-Schlüchtern

Die Arbeitsgruppe hat einen Leitfaden zur Selbstevaluation von Präventionsgremien entwickelt und vorgestellt (www.landespraeventionsrat.hessen.de/Publikationen). Da die Adressaten kein Interesse an einer Selbstevaluation hatten, konnte keine praktische Erprobung stattfinden. Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit daher beendet.

H.
ARBEITSGRUPPE VII
„BEKÄMPFUNG ILLEGALER GRAFFITI“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Wolfram Wiesemann
Geschäftsführer	Alfred Ritzke

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Albrecht , Frank	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.
Arndt , Dr.-Ing. Karin	Rhein-Main-Verkehrsverbund
Bölling , Lutz	Deutsche Bahn AG
Egert , Klaus	Hessisches Kultusministerium
Eunicke-Morell , Dr. Carola	Hessisches Kultusministerium
Harnischfeger , Bernd	Polizeipräsidium Frankfurt
Johne , Rainer	Jugend- und Sozialamt Frankfurt
Kranz , Herbert	Rhein-Main-Verkehrsverbund

Nach erfolgreichem Abschluss der gestellten Aufgaben ruht die Tätigkeit der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsmappe, aus der sich die erarbeiteten Lösungen ergeben, kann im Internet heruntergeladen werden (www.landespraeventionsrat.hessen.de/Publikationen).

I.
ARBEITSGRUPPE VIII
„NEUE TECHNOLOGIEN - NEUE WEGE ZUR GEWALT?“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender	Wolfram Wiesemann (bis 6/2010) Falko Franz (seit 7/2010)
Geschäftsführer	Alfred Ritzke

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Albrecht , Frank	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.
Egert , Klaus	Staatliches Schulamt Heppenheim
Eunicke-Morell , Dr. Carola	Staatliches Schulamt Wiesbaden
Johne , Rainer	Jugend- und Sozialamt Frankfurt
Koch , Kirstin	Jugend- und Sozialamt Frankfurt
Ringel , Claudia	Polizeipräsidium Frankfurt
Schoenfeld , Dieter	Landesverband des Hessischen Einzelhandels e.V.
Schonhart , Cornelia	Hessisches Ministerium der Justiz

Die Arbeitsgruppe tagte am 3.2.2009, 9.3.2009, 27.5.2009, 23.9.2010 und 2.12.2010.

Die Gründung der Arbeitsgruppe und die Aufgabenzuweisung erfolgte im Hinblick auf die sich häufenden Berichte über auffällige - negative - Veränderungen im Schul- und Freizeitverhalten von Jugendlichen, bei denen neue, medienorientierte Technologien verwendet wurden. Vor allem der Missbrauch von Handys - Stichworte: „Happy Slapping“, pornografische Videos, Killerspiele u.a. - werden in diesem Zusammenhang immer wieder dargestellt. Als präventive Maßnahme wurde ein Wettbewerb an den hessischen Schulen aufgelegt. Aus der Zahl der Wettbewerbsteilnehmer wurden sechs Preisträger ermittelt, die Preisverleihung fand am 9. Dezember 2008 in einer medienbegleiteten öffentlichen Veranstaltung statt.

Als Botschafterin hat Frau Bayram im Jahr 2010 zu diesem Thema einige Schule besucht, u.a. einen der Preisträger - die Brüder-Grimm-Schule in Frankfurt - im Juni und das Goethe-Gymnasium in Bensheim zum dortigen Projekt „Für Zivilcourage und Toleranz“ im November.

Die Arbeitsgruppe befasst sich derzeit mit der Zielsetzung für das nächste Jahr. Schwerpunkt wird das Thema „Soziales Verhalten im öffentlichen Raum“ sein mit der Schlagzeile: „Gegen das Gegeneinander im öffentlichen Raum - Von jungen Menschen für junge Menschen“.

J.
ARBEITSGRUPPE IX
„VERNACHLÄSSIGUNG VON KINDERN“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende	Prof. Dr. Dr. Gisela Zenz
Geschäftsführerin	Anja Bell (bis 7/2009) Katrín Thaler (seit 9/2009)

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Berger , Dr. med. Thomas	Kinderarzt, Frankfurt
Fettig , Inge	Staatliches Schulamt Weilburg
Groß , Dr. Karl-Heinz	Ministerialdirigent a.D.
Heilmann , Dr. Stefan	Oberlandesgericht Frankfurt
Hochstätter , Ulrica	Amtsanwaltschaft Frankfurt
Malburg , Elke	Hessisches Sozialministerium
Rahn , Kathrin	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Salgo , Prof. Dr. Ludwig	Universität Frankfurt
Schmidt , Jost	Soziale Dienste Marburg
Straßburg , Carola	Hessisches Landeskriminalamt
Warnat , Claudia	Kreisausschuss des Landkreises Gießen
Zitelmann , Prof. Dr. Maud	Fachhochschule Frankfurt

Die Arbeitsgruppe tagte am 18.2.2009, 6.5.2009, 8.7.2009, 30.9.2009, 16.12.2009, 3.3.2010, 16.4.2010, 5.5.2010, 23.6.2010, 8.9.2010, 23.9.2010 und 13.10.2010; eine weitere Sitzung ist für den 15.12.2010 vorgesehen.

Dankenswerterweise stellt die Amtsanwaltschaft Frankfurt die Räumlichkeit für die Sitzungen der Arbeitsgruppe bereit.

Die Arbeitsgruppe hat in 2009 eine anonymisierte **Schulamtsumfrage des Hessischen Kultusministeriums** in den Bereichen Schulaufsicht, Schulrecht und Schulpsychologie angeregt und beratend begleitet, um Häufigkeit und Verfahren bei Auftreten von Kindeswohlgefährdungen im schulischen Bereich zu erfassen. Befragt wurden an den 15 Staatlichen Schulämtern die schulfachlichen und schulrechtlichen Dezernent/innen sowie die Schulpsycholog/innen. Die Auswertung der Umfrage ergab einen deutlichen Wunsch einerseits nach verbindlichen Handlungsplänen/Richtlinien zum Umgang mit Verdachtsfällen und andererseits nach Fortbildung zur gesamten Thematik der Kindeswohlgefährdung.

Die Arbeitsgruppe hat daher in einem Schreiben an Frau Kultusministerin Dorothea Henzler angeregt,

1. im Hessischen Schulgesetz die Verpflichtung zu fixieren, bei Gefährdung des Kindeswohls das Jugendamt zu informieren;
2. zu prüfen, ob landeseinheitliche Regelungen zum Umgang der Schulen mit Kindeswohlgefährdungen erlassen werden müssen;
3. die Kooperation und gegenseitige Information von Schulen und Jugendämtern zu erweitern.

Zu Punkt 1. gab es eine positive Rückmeldung aus dem Kultusministerium. Grundsätzlich regte Frau Henzler weitere Gespräche an, die inzwischen auch in Gang gekommen sind.

Weiterhin hat die Arbeitsgruppe in 2009 einen **Informationsflyer für niedergelassene Kinderärzte** entworfen, welcher - angelehnt an die Informationsbroschüre des Hessischen Sozialministeriums - Kinderärzte in knapper Form informieren und in die Lage versetzen soll, im akuten Verdachtsfall von Kindesmisshandlung oder -vernachlässigung schnell geeignete Kontaktstellen zu finden bzw. einzuschalten.

2010 hat sich die Arbeitsgruppe zunächst ausführlich mit Nutzen und Problemen des Hessischen Kindergesundheitsschutzgesetzes, mit dem Entwurf des Bundesministeriums für Familie, Soziales, Frauen und Jugend für ein Bundeskinderschutzgesetz und mit dem Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Kindeswohlgefährdung im Bundesjustizministerium vom 14. Juli 2009 beschäftigt. Deren Empfehlungen zur (bundes-) gesetzlichen Reform der Minderjährigenvormundschaft sollten nach Auffassung der Arbeitsgruppe von Hessen unterstützt werden.

Anlässlich der aktuellen Diskussion um den **sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen** hat sich die Arbeitsgruppe dann seit April 2010 vorwiegend mit diesem Thema beschäftigt. Sie wird dabei von **Frau Fresia Klug-Duran** (Hessische Landesarbeitsgemeinschaft feministischer Einrichtungen gegen sexuelle Gewalt) fachlich unterstützt.

Die folgende Stellungnahme der Arbeitsgruppe wurde im April verabschiedet, auch als Handreichung für die hessische Beteiligung am „Runden Tisch“ der Bundesregierung in Berlin. Am 5. Mai 2010 hat die Arbeitsgruppe die Gelegenheit erhalten, ihre Empfehlungen Herrn Staatsminister Jörg-Uwe Hahn persönlich vorzustellen und sich mit ihm darüber auszutauschen. Auf ihrer Grundlage wird bis voraussichtlich Anfang 2011 der Entwurf eines Aktionsplans des Landes Hessen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt in Institutionen erarbeitet, welcher dem Kabinett zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Stellungnahme der Arbeitsgruppe IX des Landespräventionsrates Hessen zur aktuellen Diskussion um sexuellen Missbrauch in Institutionen

Aus Sicht der Arbeitsgruppe erscheint es elementar, die Kultur des Hinsehens weiter zu fördern und Opfer, welche sich mit ihrer Leidensgeschichte an die Öffentlichkeit wagen, jeweils individuell, ihren konkreten Bedürfnissen entsprechend, zu unterstützen. Nicht zuletzt sollte in der aktuellen Diskussion nicht vergessen werden, dass die meisten sexuellen Übergriffe auf Kinder und Jugendliche im sozialen Nahraum stattfinden.

Im Einzelnen empfiehlt die Arbeitsgruppe die Überprüfung folgender präventiver Maßnahmen:

1. Erweitertes Führungszeugnis §§ 72a SGB VIII / 30a BZRG

Als Teil der Eignungsprüfung für die Arbeit aller hauptberuflichen oder ehrenamtlichen Mitarbeiter von öffentlichen oder freien Trägern (wie z.B. Jugendhilfe, Sportvereine, Schulen, Kirchengemeinden), die Minderjährige beaufsichtigen, betreuen, erziehen oder ausbilden, sollte die regelmäßige Einholung eines erweiterten Führungszeugnisses (die § 30a BZRG ab 1.5.2010 ermöglicht) per Gesetz als bindende Verpflichtung geregelt werden. § 72a SGB VIII sieht bisher diese Verpflichtung nur für Träger der öffentlichen Jugendhilfe vor. Nach verschiedenen Hinweisen verweigern sich Freie Träger jedoch nicht selten entsprechenden Selbstverpflichtungen.

Die einschlägigen Standesorganisationen und Berufsverbände sollten zur Prüfung, wie sie einen Missbrauch durch ihre Mitglieder (z.B. Kinderärzte, Kinderpsychotherapeuten) durch geeignete Maßnahmen - evtl. auch durch Einholung von erweiterten Führungszeugnissen - verhindern können, aufgefordert werden.

Dazu ergänzend sollten die Staatsanwaltschaften zur zuverlässigen Einhaltung der Meldung von entsprechenden strafrechtlichen Verurteilungen z.B. an den Dienstherrn bei Arbeitnehmern oder Beamten im öffentlichen Dienst (Mitteilungen in Strafsachen – MiStra) angehalten werden.

2. Ergänzung der Ausbildungscurricula um den Kinderschutz

In kaum einem der Berufe, die mit Minderjährigen arbeiten (z.B. Lehrer/innen, Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen, auch die „externen Fachkräfte“ gem. § 8a SGB XIII für die fachliche Beratung der Hilfeplanung), ist strukturell sichergestellt, dass Kinderschutz in der Ausbildung durch Festschreibung in den Curricula enthalten ist. Auch in Hessen sind aufgrund dessen schwerwiegende Defizite in diesem Bereich festzustellen. Die Curricula sollten daher im Hinblick auf die Vermittlung von Kenntnissen im Kinderschutz (Wahrnehmung von und Reaktion auf Gefährdungen des Kindeswohls, einschließlich sexuellen Missbrauchs) überprüft und ggf. ergänzt werden.

Auch in der Fortbildung in einschlägigen Berufsfeldern ist diese Thematik weit stärker als bisher zu vermitteln – und zwar auch für diejenigen Berufe, die mit Beratung und Entscheidungen im Bereich der Intervention befasst sind – also „externe Fachkräfte“ bei der Hilfeplanung gem. § 8a SGB VIII und Familienrichter/innen, aber auch speziell zuständige Beamt/innen bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Strafjustiz. Im Hinblick auf die notwendigerweise spezifisch qualifizierten Referenten wäre es denkbar, zentral einen Referentenpool einzurichten und die Referenten flexibel einzusetzen. Die Arbeitsgruppe bietet dazu Beratung und Vermittlung an.

3. Ansprechpartner für Missbrauchsopfer

Für Kinder und Jugendliche, die sexuellen Missbrauch erleben, fehlen weithin neutrale, institutionsunabhängige, leicht zugängliche Ansprechpartner, d.h. Vertrauenspersonen, die den Opfern eine möglichst frühe Öffnung ermöglichen. Wo solche vorhanden sind, sind sie zu wenig bekannt.

Erforderlich ist daher eine Bestandsaufnahme der niedrighwelligen Beratungsangebote (wie z.B. die telefonische „Nummer gegen Kummer“) und die Einrichtung einer Expertenkommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Erweiterung solcher ganz spezifischen Angebote und zu ihrer gezielten Bekanntmachung in allen Bereichen (in Schulen, Heimen, Kindertagesstätten, Sportvereinen usw.) Außerdem bedarf es der Verstärkung vorhandener Fachberatungsstellen und ihrer besseren Vernetzung.

4. Einführung von verbindlichen Handlungsleitlinien bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch in den Institutionen

Für das Vorgehen in Verdachtsfällen fehlt es in Institutionen vielfach an Orientierung mangels klarer Verfahrensvorgaben – so auch z.Zt. noch an hessischen Schulen. Erforderlich ist die Überprüfung bzw. Entwicklung von verbindlichen Leitlinien für die Bearbeitung solcher Fälle sowie für die Informationsweitergabe – insbesondere von Freien Trägern der Jugendhilfe oder Schulen an Jugendämter sowie ggf. an Polizei und Staatsanwaltschaft. Dabei ist die heute oft zu hörende pauschale Forderung nach ausnahmslos sofortiger Einschaltung der Staatsanwaltschaft nicht sachgerecht, weil nach gesicherter Erfahrung die Strafverfolgung in bestimmten Fällen zur Retraumatisierung der Opfer führen, kindliche Opfer und ihre Eltern von der Offenbarung abhalten und - in schwierigen Beweislagen - zu Freisprüchen und erneuter Demütigung der Opfer führen kann. Deshalb müssen hier individuelle fallspezifische Entscheidungen möglich sein. In die Überlegungen sind opferzentrierte Alternativen wie Kriseninterventionsstellen, unabhängige Kinderschutzkommissionen (Niederlande) oder Ombudsleute einzubeziehen.

5. Opferschutz im Strafverfahren

Sofern es zur - im Einzelfall richtigen und wichtigen - Strafverfolgung kommt, muss sichergestellt werden, dass die längst durch die Opferrechtsreformgesetze vorgesehenen, aber längst nicht überall realisierten Maßnahmen des Opferschutzes sensibel umgesetzt werden.

6. Intensivierung der Heimaufsicht

Als wichtige präventive Maßnahme sollte die Heimaufsicht intensiviert werden. Es fehlt weiterhin an einer effizienten, trägerunabhängigen Heimaufsicht. Erforderlich ist daher die personelle Verstärkung und Qualifizierung dieser Behörden sowie insbesondere die Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit auch gegenüber öffentlichen (sprich: kommunalen) Heimträgern.

7. Aktive Recherche nach Missbrauchsfällen in öffentlichen Einrichtungen

Die Kommunen sollten aufgefordert werden, auch in ihren Einrichtungen Missbrauchsfälle systematisch zu recherchieren und aufzuarbeiten sowie verbindliche präventive Schutzkonzepte zu schaffen. Denkbar ist z.B. die Schaffung von Hotlines für Geschädigte.

8. Sexueller Missbrauch in der Familie

Die derzeitige – sehr zu begrüßende – öffentliche Diskussion gilt fast ausschließlich dem sexuellen Missbrauch in Institutionen. Weithin tabuisiert ist nach wie vor der Missbrauch in der Familie, obwohl die Fallzahlen nach allen fachlichen Einschätzungen weit höher liegen und Kinder hier durchweg in besonders nachhaltiger Weise geschädigt werden. Unbedingt erforderlich ist daher die Ausdehnung präventiver – und interventionsbezogener – Überlegungen auf den sexuellen Missbrauch in der Familie unter Einbeziehung der Erfahrungen einschlägiger Fachberatungs- und Therapieeinrichtungen.

9. Verjährungsfristen

Die individuelle Aufarbeitung von Missbrauchserfahrungen ist häufig nicht innerhalb weniger Jahre nach Vollendung des 18. Lebensjahres so möglich, dass eine Entscheidung über Offenbarung, Anzeige oder Klage erfolgen und durchgestanden werden kann. Eine differenzierte Überprüfung der Verjährungsfristen für straf- und zivilrechtliche Verfahren erscheint daher sinnvoll.